

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Probestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647.

Nummer 1

Berlin, den 3. Januar 1931

6. Jahrgang

Ein neues Jahr!

Deine Tage fahren klirrend auf,
Wenn die Sorgen an Sirenen zerren.
Harte Steine, wuchtige Mauern sperren
Deiner Schritte jungen Morgenlauf.
Mittag hältst du, wo um Gang und Treppen
Schatten bei gebückten Menschen kauern,
Abends darfst du dich nach Hause schleppen,
Wenn die kalten Straßen dämmernd schauern.

Jede Stunde schnell ein heißes Band,
Und dein Arbeitstag hat viele Stunden,
Deine Seele klappt noch mehr zerschunden
Als die arme eisenwunde Hand.
Aus den langen schweren Arbeitswochen
Wird die Last von dunklen Erdenjahren;
Und du hörst verwirrt ein neues Wochen,
Oh du noch vom alten Luft erfahren.

Diese Stunde an der Zeiten Tor
Chre stumm der Arbeit Totenreigen.
Jedes Sterben neunst du tief dein eigen,
Das in Not und Leid das Glück beschwor.
Lach noch einmal dein Verklären streichen
Um die Liebe, die dein Schmerz besessen.
Kämpfer müssen, Helben im Vergessen,
Lebenden die starken Hände reichen.

Werde diese Stunde Weg und Kraft,
Ueber das Gebot der Zeit erhaben!
Viele Jahre mußt du begraben,
Und der Tag ist Hungersschrei der Gast.
Wo vom Licht die Weltenfernen zengen
Wird das Erdenleid nicht geboren,
Doch wir Erdenkämpfer sind verloren,
Wenn wir nutzlos uns vor Menschen beugen.

Lach der Stunde Flug mit kühnem Schwung
Deine Wege aus den Sternen lesen!
Viele Jahre bist du alt gewesen,
Volk der Arbeit, werde frisch und jung!
Lach Gemeinschaft deine Bahn umschwingen,
Wer versäumt war, möge doppelt eilen,
Und du hörst von schöneren Sternen klingen:
Menschen werden sich die Erde teilen.

Gute Menschen gleichen Erdenblut,
Die sich helfen, wenn die Stunden drohen,
In Fabrik und Schacht erfüllt vom hohen
Menschenlächeln des freien Muts.
Brüder, greift nach Wagen und Beginnen!
Mut erfordert jedes Jahr auf Erden.
Viele Tropfen werden fallend rinnen,
Dah aus Tropfen Fels und Höhe werden.
Franz Rothenfelder.

Ist 1931 Besserung zu erwarten?

„Es muß anders werden, so kann es nicht weiter gehen“, sind Worte, die die große Parole für Millionen Menschen darstellen. Vom neuen Jahr 1931 wird insbesondere gehofft, daß das Andernwerden recht bald Wirklichkeit wird. Ob das neue Jahr die Erfüllung bringt, wer vermag das vorher zu bestimmen? — Niemand. Es hoffen die Arbeitslosen, die Arbeiter, die Mittelschichten, die Unternehmer und die Kapitalisten. Sie alle wollen wieder gesicherten Boden unter den Füßen, Arbeit, Betätigung, Existenz. Das Wirtschaftsleben soll wieder in Gang kommen. Das ist Allgemeinwunsch. Ueber die Mittel und Wege dahin wird gestritten und gekämpft. Ein einheitlicher Wille über das gleiche Ziel besteht nicht, und doch wäre ein solcher eine Zeitlang so notwendig, um die Wirtschaft wieder in schnellere Bewegung zu bringen.

Die Wirtschaft bedeutet die Grundlage unseres Gesellschaftslebens. Von ihrem Zustand hängt demnach das Wohl und Wehe der Menschen ab. Aber nicht alle Menschen sind sich darüber klar und beachten das. Es gibt so manche, die sich gar nicht um die Wirtschaft kümmern, die dagegen von der Politik alles Heil erwarten und wieder andere, die weder von der Wirtschaft noch von der Politik etwas halten. Wir können das nicht ändern. Die Arbeiterschaft darf nicht so denken und handeln, weil sie am eigenen Leibe fühlt, wenn sich die Wirtschaft in einem schlechten Zustande befindet, weil sie körperlich und seelisch die aus der Wirtschaft kommenden Schwierigkeiten als Last zu schleppen hat. Gerade jetzt, bei noch steigender Arbeitslosigkeit mit ihren bitteren Folgeerscheinungen, empfindet die Arbeiterschaft den schlimmen Kriegszustand der Wirtschaft am schmerzhaftesten, gerade jetzt, wo die Arbeitslosigkeit Körper und Geist des Einzelmenschen, der Familie und der Gemeinschaft zermürbt und zerrütet, muß dem Arbeiter und der Arbeiterin zum Bewußtsein kommen, daß die Wirtschaft ihr Wohl und Wehe bestimmend beeinflusst. Weil das der Fall ist, darf die Arbeiterschaft die Wirtschaft dem Unternehmertum nicht mehr allein überlassen, sondern muß sich ihren Anteil Macht erkämpfen um mitzubestimmen, mitzuraten und mitzulaten.

Das wird ihr wahrlich nicht leicht gemacht. Schon im verflossenen Jahr zeigte sich, wie ungünstig eine Wirtschaftskrise auf unser Gesellschaftsleben wirken, zeigte sich, was eine Wirtschaftskrise für Reaktionsbestrebungen auf allen Gebieten auslösen kann. Mit dem Jahreschluß und Jahresbeginn ist diese Bewegung keineswegs abgeschlossen, deshalb muß die Arbeiterschaft, mit um so größerer Aufmerksamkeit die Geschehnisse im Jahre 1931 beobachten. Das Jahr 1931 wird ein Großkampfsjahr sein. Das ist schon jetzt zu erkennen.

Das Unternehmertum nützt die ihm günstige Krise weiter aus zu Angriffen auf die Arbeiterschaft, dessen können wir sicher sein. Die Scharfmacher im Lager der Arbeitgeber sind mit den Erfolgen auf sozialem Gebiet und mit dem Lohnabbau noch keineswegs zufrieden. Sie von der Arbeiterschaft so schwer gebrachten Opfer hatten sie noch für viel zu gering. Ihr Ziel geht dahin, das Tarifvertrags- und Schlichtungswesen entweder zu beseitigen oder sich ganz gefügig zu machen. Was das in dieser Zeit bedeuten würde, sehen hoffentlich alle organisierten Arbeiter ein. Die Scharfmacher bei den Unternehmern wollen aber noch viel mehr, sie wollen die völlige Alleinher-

schaft im Wirtschaftsleben wieder erreichen und die errungenen Rechte der Arbeiterschaft beschneiden. Was in jahrzehntelangem Kampf durchgebrocht und zum Teil gesiegt verankert wurde, soll fallen. Darauf läuft das Hauptstreben der Scharfmacher hinaus.

Unsere schärfsten Gegner rechnen damit, daß die Arbeitslosigkeit weiter steigt, daß diese dann die Arbeiterschaft radikalisiert und gegen die Gewerkschaftsführung aufstregt. Weiter soll die Arbeitslosigkeit die Gewerkschaftskassen leeren, Geldschwierigkeiten auslösen, Zwietracht und Haß erzeugen, Mut und Kampfeswillen erschüttern und die Solidarität zermürben. Das ist das große Ziel, auf das nicht nur die Unternehmer, sondern auch aus anderen Gründen die Kommunisten mit ihrer AGD, sowie die Nationalsozialisten hinstreuen. Mit dem Kampf gegen die Vongen, mit den gemeinen Verleumdungen und Hetzerien soll die Bewegung insamiert und madig gemacht werden. Das ist der Zweck der Uebung der Gegner und der falschen Freunde.

Wir hatten schon einmal so eine Zeit. Das war im zweiten Halbjahr 1928. Seinerzeit besorgten die sogenannten Oppositionellen allein die Geschäfte der Scharfmacher im Unternehmertum, heute helfen im Kampf gegen die organisierten Arbeiter auch noch die Nationalsozialisten und Werkvereiner mit. Die Front gegen die Gewerkschaften verstärkte sich also. Im Jahre 1928 hieß die Parole der Kommunisten in der schlimmsten Wirtschaftsperiode und höchsten Inflation: Heraus aus den Gewerkschaften! Generalkreiß! Gegenwärtig ist die Parole etwas umschrieben. Sie heißt:

Die besten
Glückwünsche
zum Neujahr

1931

entbieten allen

Verbandsmitgliedern, Mitarbeitern,
Freunden und Bekannten

Hauptvorstand,
Bundesleitung
und Redaktion

hinein in die AGD (Also hinein in die kommunistischen Gewerkschaften!) Kampf! In der Agitation für diese Gewerkschaftsrichtung wird nur auf die freien Gewerkschaften geschimpft und ihre Führung gelästert. Das geschieht in einer Zeit, in der alles zur Erhaltung der Einheit in den Gewerkschaften getan werden sollte. Aus dem kurzen Hinweis ist zu ersehen, wie gerade in Notzeiten die festesten Vollwerke der Arbeiterbewegung, die freien Gewerkschaften, von ihren Gegnern berannt werden, und wie selbst Arbeiter aufgepeitscht und fanatisiert werden, die eigene noch starke Gewerkschaftsfront zu zertrümmern. So stehen gegenwärtig zu Beginn des Jahres 1931 die Dinge in dieser Beziehung. Der Stand ist nicht erfreulich für die Arbeiterschaft, aber es wäre verkehrt, darüber hinwegzusehen zu wollen. Es ist wieder einmal so, daß in der höchsten wirtschaftlichen Notzeit besonders die Arbeiterschaft unter schönen Versprechungen zum Objekt politischer Spekulationen ausgesucht und mißbraucht werden soll. Die Gewerkschaften sind gerade jetzt, in der härtesten Wirtschaftsperiode, der ruhende, sichere Pol; mögen das alle Arbeiter und Arbeiterinnen einsehen und die Einheit, Geschlossenheit und Schlagkraft erhalten, denn ohne diesen Rückhalt ist die Arbeiterschaft ein Spielball für das Unternehmertum im Wirtschaftskampf. Dahin darf es nicht kommen!

Aussichten für eine Besserung der Wirtschaftslage bestehen zu Beginn des Jahres 1931 noch nicht. Das ist eine unerfreuliche Feststellung. Leider läßt sich daran nichts ändern. Wohl gibt es Stimmen, die aus diesen und jenen Begebenheiten in der Wirtschaft auf eine Wendung zum Besseren schließen, ihnen stehen aber auch entgegengesetzte Meinungen gegenüber.

Das Institut für Konjunkturforschung faßt auf Grund seiner Ermittlungen seine Meinung dahin zusammen:

„Eine befriedigende und den Arbeitsmarkt in dem erwünschten Umfang entlastende Konjunktur ist bei der derzeitigen Struktur unserer Wirtschaft nur denkbar, wenn neben den Konsumgüterindustrien auch die Produktionsgüterindustrien ausreichend beschäftigt sind. Für den Ausbau des deutschen Wirtschaftsapparates werden die Produktionsgüterindustrien auf absehbare Zeit kaum ausreichend beschäftigt werden können. Die Produktionsgüterindustrien werden also in noch erheblicherem Umfang als bisher während der Vorjahre bereits der Fall war, auf den Auslandsabsatz angewiesen sein: Deutschland muß seine Produktionskräfte in erhöhtem Umfang für den Ausbau der Weltwirtschaft zur Verfügung stellen.“

Die ersten Anzeichen zur Umstellung auf erhöhten Auslandsabsatz, der auch schon reparationspolitisch zur Erzielung eines Ausfuhrüberschusses notwendig ist, lassen sich bis in das Jahr 1928 hinein zurückverfolgen. Durch die Weltwirtschaftskrise ist der Fortgang dieser Entwicklung zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Die Tatsache aber, daß der deutsche Export jetzt zwar zurückgeht, daß er sich aber wesentlich besser hält als derjenige der mit Deutschland konkurrierenden Industrieländer, läßt die Stärke des Exportdrangs der deutschen Industrie klar erkennen. Dementsprechend ist auch damit zu rechnen, daß, sobald sich die Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte bessern wird, die deutsche Industrie an dieser Besserung im besonderen Umfang teilhaben wird.

Diese Feststellung berechtigt indes noch nicht zu der Erwartung einer schnelleren Ueberwindung der gegenwärtigen Depression in Deutschland. Denn einmal läßt die internationale Lage noch keine Anzeichen eines bevorstehenden Aufschwungs der Weltkonjunktur erkennen, obwohl damit zu rechnen sein dürfte, daß der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskonjunktur im Verlauf des Jahres 1931 erreicht, vielleicht sogar überschritten werden wird. Sodann kann eine etwaige Steigerung der Ausfuhr Deutschlands auch nur allmählich zu einer Festigung unserer Wirtschaftslage beitragen. Denn eine Ausfuhrsteigerung von etwa 1 Milliarde RM pro Jahr — dies würde nach Lage der Dinge ein sehr befriedigendes Ergebnis darstellen — würde eine Mehrbeschäftigung von nur rund 150.000 bis 200.000 Arbeitern bedeuten. Außer acht gelassen sind dabei allerdings die indirekten Wirkungen einer Exportsteigerung und einer Steigerung des Ausfuhrabzuges, also die durch Entlastung der Devisenbilanz mögliche Stärkung der Liquidität der Wirtschaft und dadurch des Vertrauens zu Deutschland. In einer psychologisch so hoch gespannten Lage wie der gegenwärtigen würde von diesen indirekten Wirkungen — zusammen mit einer Veruhigung der politischen und Bereinigung der finanzpolitischen Lage — möglicherweise ein schnellerer und im ersten Augenblick kräftigerer Impuls auf die deutsche Wirtschaftskonjunktur ausgehen können als von der direkten Wirkung der Ausfuhr auf den Arbeitsmarkt.“

So steht es also wirtschaftlich zu Beginn des Jahres 1931. In so einer Lage sind nicht Gefühle und Stimmungen entscheidend, dürfen auch nicht Mißerfolge verzweifelt machen, sondern Stetigkeit und Besonnenheit, Ueberlegung und Vernunft müssen herrschen. Gewalt ist im Wirtschaftskampfe nicht der entscheidende Faktor, um durchzuehen, was man will. Das gibt es zu bedenken. Wir wollen eine Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsform in eine sozialistische, dazu müssen die Köpfe der Massen bereit gemacht werden. Die geistigen Vorbereitungen treffen und die dazu notwendige einheitliche Organisationsmacht ausbauen, dieser hohen Aufgabe werden sich die freien Gewerkschaften auch weiterhin unterziehen zum Wohle der Arbeiterschaft und der Menschheit.

10. Ausschusssitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des Bundesausschusses stand eine eingehende Aussprache über die allgemeine Lage. Leipzig erinnerte einleitend an die in der letzten Zeit ergangenen Schiedsbrüche und an die noch schwebenden und in Aussicht stehenden Verhandlungen der Bergarbeiter, Buchdrucker und Landarbeiter. Er berichtete von eingehenden Besprechungen des Bundesvorstandes mit Vertretern der Regierung über die schweren sozialen Gefahren, die durch die Schlichtungspraxis der letzten Wochen und die systematisch betriebene Vorkriegsberatung heraufbeschworen werde, und über die Gefährdung der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen.

Splietz gab einen Überblick über das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, wie es sich aus den gegenwärtigen konjunkturellen und politischen Verhältnissen wie aus der Lage auf dem Arbeitsmarkt ergibt. Die Arbeitslosigkeit wird im Laufe des Winters anwachsen. Insbesondere werden sich die Verhältnisse in der Bauwirtschaft verschlechtern. Die Gewerkschaften stehen insoweit vor der Frage, wie sie unter diesen für ihren Kampf schwierigen Bedingungen den drohenden Lohnabbau abwehren oder auf das geringste Maß beschränken können. Die Tariflöhne konnten bisher im größten Teile der Fertigungswirtschaft gehalten werden, während die liberalistischen Verdienste und Honorare bereits vielfach abgefallen sind. Der Angriff gegen die Tariflöhne auf breiterer Front steht noch bevor. Im ersten Halbjahr 1931 wird er vermutlich größeren Umfang annehmen. Bis Ende Juni sind die Tarifverträge für rund drei Millionen Arbeiter kündbar. Demnach ist zu prüfen, welche Kräfte die Bewegung gegen diese Gefahr einzuleiten hat. Bei dieser Prüfung ist zu berücksichtigen, daß die tarifliche Situation, in der die Gewerkschaften bei diesen Kämpfen stehen werden, in hohem Maße bestimmt wird durch die staatliche Schlichtung, namentlich durch die Anwendung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen. Das Reichsarbeitsministerium hat — im Einvernehmen mit der gesamten Reichsregierung — wiederholt öffentlich befundet, daß es auf dem Standpunkt steht, Lohnkürzungen seien volkswirtschaftlich erforderlich. Danach wird es die Schlichtungspolitik, namentlich die Anwendung der Verbindlichkeitsklärung, sowohl im Prinzip wie im einzelnen Falle, einrichten.

Ungerer weist, wie gesagt, fest, daß eine gewisse Verminderung des Lohnverdienstes durch die Einschränkung der Lohnverdienste bereits stattgefunden hat. Dabei haben auch die Gewerkschaften ein Interesse an Abbau der Preise, damit ein Ausgleich für die Verminderung des Arbeitseinkommens hergestellt werde. Aber die Gewerkschaften haben nicht nur ein Interesse an dem Erfolg des Preisabbaues, sondern auch an seiner schnellen Durchführung und Beendigung. Wäre die Aktion zum Abbau der Preise zu lange, so läßt sie die Kaufkraft und drohft die Auftragserteilung. Eine solche Einwirkung steht einer Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Wege.

Die Gewerkschaften haben die Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Entlastung des Arbeitsmarktes gefördert. Vereinbarungen mit den Unternehmern über die Streckung der Arbeit begegneten bisher, wie sich in vielen Fällen zeigte, großen Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber erklärten jede Verkürzung der Arbeitszeit für nachteilig für die Belebung der Wirtschaft. Sogar die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit wurde in diesem Lager laut. Das Ziel der Arbeits-

streckung muß aber trotzdem mit größerem Nachdruck weiter verfolgt werden, und zwar auch als eine Vorarbeit für die unbedingt notwendige durchgehende Verkürzung der Arbeitszeit, zu der es auf jeden Fall und unter allen Umständen in absehbarer Zeit kommen muß. Es gilt, den Widerstand der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit schon jetzt zurückzudrängen durch eine möglichst weitgehende Einführung kürzerer Arbeitszeiten zum Zwecke der Einstellung von Arbeitskräften.

Sowohl in der Frage der Arbeitszeit wie der Löhne werden die Gewerkschaften auch weiterhin mit einem starken Widerstand der Unternehmer gegen ihre Forderungen zu rechnen haben. Selbstverständlich ist es wünschenswert für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit, die sozialen Auseinandersetzungen in ruhigere Bahnen zu lenken und die Formen der Arbeitskämpfe zu mildern. Die praktische Erfahrung in den letzten Monaten scheint aber zu zeigen, daß einer Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte enge Grenzen gezogen sind. Immerhin ist eine gewisse Bereitschaft zu grundsätzlichen Zugeständnissen in führenden Kreisen des Unternehmertums nicht zu verkennen und verdient sorgfältige Prüfung.

In der Diskussion wurde die gegenwärtige tarifliche Situation der Gewerkschaften eingehend erörtert. Allgemein war die Überzeugung, daß die Arbeitszeiterkürzung nicht mehr vertretbar sei, wenn eine Senkung der Tariflöhne einträte. Denn dann würde die Verkürzung der Arbeitszeit eine weitere Lohneinbuße bedeuten. Gegen diese durch den Preisabbau nicht gerechtfertigte Herabdrückung des Lebensstandards der Arbeiterschaft müßten sich die Organisationen mit äußerster Entschlossenheit zur Wehr setzen. Grundsätzliche Zugeständnisse der Unternehmer hätten nur dann Bedeutung, wenn ihre Beachtung im Einzelfall gewährleistet ist. Jede Zweideutigkeit muß gerade jetzt vermieden werden.

Die einzelnen Redner schilderten die zur Zeit in den verschiedenen Industriezweigen bestehende Lage, namentlich hinsichtlich der Tarifverträge und ihrer Kündigungstermine. Aus den Berichten ergab sich, daß zahlreiche große Tarifbewegungen bevorstehen. Wenn die Regierung und die Unternehmer den ersten Willen hätten, den Ausbruch der sozialen Gegensätze in friedlichere Bahnen zu lenken, so müßten sie sich eindeutig zur Tarifidee und zur Erhaltung des Tarifsystems bekennen. Tatsächlich zeigt sich aber, daß die Unternehmer z. B. in der Metallindustrie weder in der Frage der Entlassungen noch in der Frage der Mehrarbeit das geringste Entgegenkommen beweisen. Auch an dem Willen der Regierung, in diesen Fragen eine ausgleichende Haltung einzunehmen, sind starke Zweifel berechtigt. Bei manchen Auseinandersetzungen kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß es den Unternehmern nicht nur auf den Lohnabbau ankommt, sondern auf einen Generalangriff gegen die tarifliche Regelung überhaupt, gegen die Vereinfachung der Bestimmungen über den Urlaub, den Entlassungsurlaub usw. Das normale Recht der Tarifverträge darf aber nicht verschlechtert werden.

Die Verbandsvorstände waren sich darin einig, daß die Gewerkschaften die Entwicklung der Lage dauernd scharf im Auge behalten müssen, um zu gegebener Zeit abermals zu gemeinsamer Beratung der notwendigen tariflichen Schritte zusammenzutreten.

In den weiteren Verhandlungen wurde noch die Frage des neunten Schuljahres erörtert und ferner Vereinbarungen zwischen dem Gesamtverband und dem IFA-Wund.

Wirtschaftskrise und „unbillige Härte“.

Eine Betriebsstilllegung und Betriebsbeschränkung ist für den anderen. Die Entlassungen machen selbst vor jahrelangem beschäftigten und in den Betrieben ergrauten Arbeitnehmern nicht halt. Die Zahl der Arbeitslosen steigt ins Ungeheure — während teilweise in den Betrieben — wenn auch in anderen Abteilungen — sogar noch Überarbeit geleistet wird.

Wobauerlicher Weise berücksichtigen die Arbeitsverträge diese unhaltbaren Zustände nur in den seltensten Fällen. Nur allzu gern verhandelt man sich hinter § 85 BGG und bringt zum Ausdruck, daß auf Grund der teilweise eisenen Stillelegung eine Einbruchsmöglichkeit wegen unbilliger Härte nicht gegeben sei. Die Aufnahme der zur Entlassung kommenden Arbeitnehmer — selbst im beschränkten Umfang — wird abgelehnt und als dem Arbeitgeber nicht zumutbar erklärt.

Verneint wird im allgemeinen auch eine Arbeitszeitverkürzung, um dadurch die Entlassung von Arbeitnehmern zu vermeiden. Viele liegen nicht im Willen des Gelegers und wie all die schönen juristischen Begründungen — um die man nie verlegen ist — lauten.

Daß jedoch eine soziale Rechtsprechung durchaus möglich ist, beweist u. a. die nachfolgende anzunehmende wiederergebene Entscheidung des Arbeitsgerichts Dresden vom 24. 10. 1930 — 2 Arb. 1108/30 —

Das Gericht hat eine unbillige Härte schon darin erblickt, daß die Beklagte überhaupt zur Entlassung geschritten ist, ohne die Arbeitszeit der Beklagten herabzusetzen. Das Gericht hat bereits in dem Rechtsstreit 2 Arb. 932/30 ausgesprochen, daß ein Arbeitgeber unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen verpflichtet ist, wenn es der Betrieb gestattet, zunächst auf eine Herabsetzung der heute zulässigen Arbeitszeit zu kommen, um Entlassungen zu vermeiden. Es ist gerichts- bekannt, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer heute außerordentlich schwierig ist und eine große Anzahl Arbeitsloser auf Arbeit wartet. Die hohen Rufen der arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer rufen nicht nur daher, daß die Wirtschaft wegen der verringerten Aufnahmefähigkeit der Produkte zu Stilllegungen hat übergeben müssen. Sie ergibt sich vielmehr teilweise auch daraus, daß die Arbeitnehmer durch die in den letzten Jahren weitestgehend durchgeführte Rationalisierung in den Produktionsbetrieben, besonders durch die weitgehende Einschaltung von Maschinen und die damit verbundene Erziehung der menschlichen Arbeitskraft, überflüssig geworden ist, so daß eine Anzahl Arbeitnehmer des großen Arbeitslosenheeres bestimmt auch bei ausgedehnter Wirtschaft keine Arbeit finden wird. Eine Beschäftigung ist deshalb auch nach Auffassung weiter Wirtschaftskreise nur möglich, wenn die Arbeitszeit der noch im Betriebe befindlichen Arbeitnehmer herabgesetzt wird. Die Herabsetzung dürfte dabei nur in verhältnismäßig geringem Umfang notwendig sein.

Diese Forderung ist bei der heutigen Wirtschaftslage besonders dann zu erheben, wenn von den noch im Betriebe befindlichen Arbeitnehmern einzelne entlassen werden sollen, vorausgesetzt, daß der Betrieb in der Lage ist, die Verkürzung der Arbeitszeit der im Betriebe verbleibenden Arbeitnehmer zugunsten derjenigen, die wegen Auftragsmangels bei Aufrechterhaltung der vollen Arbeitszeit entlassen werden müßten, durchzuführen. Dies dürfte bei der Beklagten in der Abteilung, in der der Kläger tätig ist, insofern möglich sein, als die tägliche Arbeitszeit als solche herabgesetzt wird oder ein Aussehen sämtlicher Arbeitnehmer etwa in einem Tage der Woche durchgeführt wird. Da die Beklagte von dieser Möglichkeit, die der Betrieb zuläßt, keinen Gebrauch gemacht hat, muß in der Kündigung eine unbillige Härte gemäß § 84, Abs. 1, Ziffer 4, BGG erblickt werden.

Diese Stellungnahme des Arbeitsgerichts Dresden verdient arbeitnehmerseitig reifliche Anerkennung. Sie zeugt von sozialer Einstellung und einem Nichtverschließen der tatsächlichen Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiet. Erstmalig wird hier von einem Gericht in präziser Form ausgesprochen, daß nur eine einmalige Herabsetzung der Arbeitszeit eine Minderung der Arbeitslosigkeit herbeiführen könne. In gleicher Richtung bewegen sich bekanntlich auch die Vorschläge der Gewerkschaften bezüglich genereller Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich.

Hoffentlich bleibt erwähntes Urteil keine Einzelercheinung, sondern schließen sich auch andere Gerichte dieser Entscheidungspraxis an. Zunächst haben aber unsere Funktionäre und Prozessbevollmächtigten die Aufgabe, die Gerichtsvorkommenden darauf aufmerksam zu machen, daß eine diesbezügliche Auslegung des § 84 BGG durchaus möglich und mit dem Begriff „unbillige Härte“ vereinbar ist.

G. Salomo, Hannover.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband

Anfang Dezember 1930.

Die Flut der Arbeitslosigkeit steigt unauflöflich. Am 30. November zählte die Statistik der Arbeitsnachweise 3 762 395 Arbeitslose, die sich als Arbeitsuchende in den Listen der Arbeitsämter eingetragen hatten, ein Mehr von 441 818 gegenüber dem 31. Oktober und von 1 661 485 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres. Allein in den Saison-Unternehmen wurden 1 523 383 Arbeitslose gezählt, gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 266 832.

Die Zahl der Arbeitslosen, die aus der Arbeitslosenversicherung Unterstützungen empfangen, betrug am 30. November 1 788 293. In der Krisenfürsorge wurden 565 084 Arbeitslose unterstützt, während der übrige Teil auf die Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden angewiesen ist.

Auch in den Industriegruppen unseres Verbandes stieg die Zahl der Arbeitslosen. Von der Arbeitslosenstatistik des Fabrikarbeiterverbandes, die 436 164 Mitglieder erfaßt, wurden insgesamt 113 268 Arbeitslose und 67 417 verkürzt arbeitende Mitglieder gezählt. Die Verhältniszahl stiegen von 24,3 im Vormonat auf 27,1 v. H. Arbeitslose. Bei den verkürzt arbeitenden Mitgliedern war die Steigerung von 15,1 auf 15,4 verhältnismäßig gering. Die Kurzarbeiter umgerechnet in Vollarbeitslose waren Ende November nur 67,8 v. H. der Mitglieder vollbeschäftigt gegenüber 84 v. H. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Den Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrien unseres Verbandes zeigen folgende Verhältniszahlen an:

	1930			Ende Oktober			Ende November		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	25,0	22,5	24,5	27,8	24,1	27,1			
In der Industrie-									
Chemie	17,7	20,3	18,3	19,2	20,7	19,5			
Papier	14,2	16,7	14,7	15,4	16,9	15,7			
Nahrungsmittel	11,5	25,2	14,7	10,4	26,1	14,2			
Spielwaren usw.	30,0	26,8	28,2	40,3	33,2	36,4			
Sonstige Industrien	36,6	25,1	33,5	38,4	25,1	34,8			
Keramischer Bund insgesamt	35,5	25,7	35,7	40,7	25,1	36,1			
a) Porzellan	24,0	19,1	22,2	25,6	19,0	22,1			
b) Glas	31,1	25,3	30,2	33,7	30,2	31,9			
c) Grobkeramik	41,9	38,1	41,5	49,7	46,2	49,3			
arbeiteten verkürzt:									
Fabrikarbeiterverband insgesamt	14,5	17,4	15,1	14,7	18,2	15,4			
In der Industrie-									
Chemie	17,1	22,6	18,3	18,7	23,0	19,7			
Papier	24,4	27,1	25,0	20,6	27,7	22,1			
Nahrungsmittel	7,0	2,4	5,9	6,2	2,1	5,2			
Spielwaren usw.	16,7	21,0	19,1	31,6	23,3	22,5			
Sonstige Industrien	6,5	8,1	7,0	7,2	12,0	8,5			
Keramischer Bund insgesamt	13,1	15,8	13,6	14,2	17,7	14,8			
a) Porzellan	27,7	24,7	26,6	28,5	25,3	27,3			
b) Glas	9,4	8,2	8,4	10,6	13,6	11,0			
c) Grobkeramik	10,8	5,6	10,2	11,4	7,1	11,0			

Die Beschäftigung wies in fast allen Industriegruppen unseres Verbandes einen mehr oder weniger stärkeren Rückgang auf, den höchsten in der grobkeramischen und Baustoffindustrie. Auch in der Spielwaren- und in der Glasindustrie war die Steigerung verhältnismäßig hoch. Geringer war die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der chemischen, in der Papier- und in der feinkeramischen Industrie. In

der Nahrungsmittelindustrie wird ein kleiner Rückgang ausgewiesen, ebenso auch für die Kurzarbeit in der Papierindustrie.

Der geographischen Verteilung nach haben auch in diesem Krisenwinter unsere Mitglieder in Ostpreußen besonders stark unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. In der Gruppe Grobkeramik sind hier 75 Proz. unserer Mitglieder arbeitslos. Auch in den anderen östlichen Bezirken, in Pommern und Schleien ist der Grad der Arbeitslosigkeit erheblich über dem Durchschnitt gestiegen. Dieses gilt auch für die Mark Brandenburg und Berlin. Die niedrigste Arbeitslosigkeit weisen die Bezirke Württemberg, Baden und Rheinpfalz auf, wie überhaupt in den süddeutschen Bezirken die Arbeitslosigkeit niedriger ist als in Norddeutschland, überall am stärksten beeinflusst von dem Beschäftigungsgrad der Baustoffindustrie. Unter dem Durchschnitt steht auch der Bezirk Nordmark mit der allerdings verhältnismäßig hohen Verhältniszahl von 23,0 Arbeitslose und 8,8 Kurzarbeiter.



Ergebnislose Schlichtungsverhandlungen für Gruppe IV.

Im Lohnstreit der Verbandsgruppe IV hatten die drei Unparteiischen: Herr Regierungsdirektor Friedländer, Stettin, Herr Prof. Kramer, Breslau und Herr Böhm, Nürnberg, die Parteien für den 22. Dezember 1930 nach dem Reichsarbeitsministerium zu Verhandlungen geladen. Auf Grund abgegebener Erklärungen der Parteien sind die Schlichtungsverhandlungen sofort aufgenommen worden, da bei den unüberbrückbaren Gegensätzen Bemühungen der Unparteiischen, die Parteien zu einer Vereinbarung zu bringen, ergebnislos geblieben wären. Die Schlichterkammer war auf beiden Seiten mit vier Vereetzern besetzt; für die Arbeitnehmer wirkten in der Schlichterkammer die Kollegen Müller, Hannover, Bunte Berlin, Hering, Waagen und Knöfel, Otten. Parteivorrag zur Belämpfung der Anträge der Arbeitgeber auf weitere Lohnverschlechterung hatte der Kollege Krosch, ergänzende Ausführungen dazu wurden vom Kollegen Frier gemacht.

Mit dem üblichen bereits veröffentlichten Material verfuhr die Reichskommission vom Schlichteramt Deutscher Glasfabriken die sogenannten „Angeleichforderungen“ der Verbandsgruppe IV zu begründen. Die Notlage der Industrie mit ihren Arbeitnehmern fand besondere Beachtung. Die Arbeiter haben zur Erhaltung der Industrie die Nieten immer enger zu schließen; besser sei es, mit einem geringen Einkommen auszuhalten, als Arbeitslosenunterstützung, die einmal aufhört zu bekommen.

In den Parteivorträgen der Arbeitnehmer wurde an Hand von statistischem Material noch einmal das Risiko der Schiedsbruch mit seinem Abzug von 5 Prozent ermöglicht den Arbeitnehmern, um die in der Lohnsetzung der Streikzeit nicht, das Notwendige zum Lebensunterhalt zu bestreiten. Empörung ist durch diese Lohnverschlechterung genügend vorhanden. Man solle nicht durch weitere Verschlechterung der Löhne die Arbeitsfreudigkeit hemmen. Davon kann für die Industrie Erprobtes wirklich nicht entstehen. Bei der jetzt vorhandenen Lohnabbau-Panik haben die Vertreter in den höchsten Regierungskreisen selbst bekanntgegeben, daß bei einsetzenden Abzügen nach Billigkeit und sozialen Verhältnissen der Arbeitnehmer zu urteilen sei. Die Nach resp. Hilfsarbeiter in der Grobkeramik verdienen kaum im Jahre 1500 RM. Will die Schlichterkammer eine Entscheidung

herbeiführen, so kann sie nur unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse so ausfallen, daß es zum mindesten beim jetzigen Status quo zu verbleiben hat und die Lohnregelung, die bis zum 31. Dezember 1930 in Geltung war, verlängert wird bis zum 30. April 1931, dem Ablauf der übrigen Lohnverträge in den Gr. I—III resp. V.

Die Schlichtungskammer hat den Parteien ein Ergebnis nach 12stündigen Verhandlungen nicht vorlegen können, da bei der Abstimmung eines Vorschlages der drei Unparteiischen die Besitzer beider Teile ihre Zustimmung verlagten. Die Arbeitnehmer-Besitzer haben in vollster Verantwortung, um einen tariflosen Zustand zu vermeiden, zu erkennen gegeben, daß sich über die Angeleichforderungen bei einzelnen Kategorien in geringem Ausmaß sprechen lasse. Die Tarifkommission der Arbeitgeber, resp. die Arbeitgeber in der Schlichterkammer, waren diesmal Herren, die sich mit jugendlichem Eifer ihre Sporen verdienen wollen. Traurig genug ist es, daß Leute, die kaum mit der Industrie verwachsen sein können, noch weitergehende Verschlechterungen haben wollen, als von der Schlichterkammer in Höhe von 3—4 Prozent durchschnittlich vorgeschlagen waren.

Da die Auffündigung des Einzelarbeitsverhältnisses der am Streit beteiligten Arbeiterkategorien zum 3. Januar 1931 ausgesprochen worden ist, ist mit der Möglichkeit einer Ausweitung zu rechnen. Die Arbeitgeber werden nicht mit ihren Anträgen auf Verschlechterung der einzelnen Lohnpositionen bis zu 15 Prozent bei einem tariflosen Zustand in den Betrieben durchdringen. Trotz der geradezu als katastrophal geschilderten Wirtschaftslage der Grobkeramikindustrie Sachsens wirkt man uns den Fehdehandschuh hin. Wir werden ihn aufnehmen müssen, glauben aber jetzt schon feststellen zu können, daß bestimmt einige der Industriellen unter die Näher kommen werden. Sie werden dann in das Heer der Arbeitslosen selbst eingereiht und bekommen am eigenen Leibe zu spüren, wie mit einem Einkommen von 15—20 RM pro Woche ein Haushalt geführt werden kann.

Die vollste Sympathie aller Glasarbeiter steht unseren Kollegen der Verbandsgruppe IV der deutschen Weichhohlglasindustrie bei einem evtl. ausbrechenden Kampf zur Seite. Gestützt auf das gegenseitige Vertrauen und dem Eckpfeiler der Gewerkschaftsbewegung, der Solidarität, werden wir auch über die schwierigsten Verhältnisse der nächsten Zeit für die Glasarbeiter Sachsens hinwegkommen.

Glasindustriebericht der Konjunkturforschung.

In den letzten Monaten ist die Beschäftigung der Glasindustrie weiter zurückgegangen. Im Oktober waren 66,9 v. H. der Glasarbeiter — gegen 80,0 v. H. zu Jahresbeginn und 86,6 v. H. im Oktober 1929 vollbeschäftigt; im ganzen liegt der Tätigkeitsgrad um 28,9 v. H. unter dem im vorangehenden Konjunkturausschlag erreichten höchsten Stand, während der Beschäftigungsrückgang im Konjunkturabschlag 1925/26 nur 24,2 v. H. betragen hatte.

Auf dem Inlandsmarkt wurde eine, wenn auch geringe Entlastung der deutschen Produzenten dadurch erreicht, daß die Einfuhr von Glaswaren sich weiter verringerte. Im Oktober wurden für 24 Mill. RM Waren aus Glas eingeführt gegen 32 Mill. RM im gleichen Monat des Vorjahres. Besonders die Einfuhr von Wirtschaftsgläsern, sowie von Beleuchtungs- und Kristallgläsern hält sich unter Vorjahrshöhe.

Auf den Auslandsmärkten hat sich der Abfahrtsrückgang gleichfalls fortgesetzt (Oktober 1930: 20,2 Mill. RM gegenüber 21,6 Mill. RM im Mai 1930 und 22,0 Mill. RM im Oktober 1929); doch vermochte sich die deutsche Ausfuhr, verglichen mit derjenigen der Hauptkonkurrenten, Belgien und der Tschechoslowakei, verhältnismäßig gut zu halten. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres lag die deutsche Ausfuhr verhältnismäßig um 4 v. H. die tschechoslowakische um 18 v. H., die belgische Ausfuhr sogar um 32 v. H. unter Vorjahrshöhe. Die Widerstandskraft der deutschen Ausfuhr ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Deutschland in Anpassung an die Notwendigkeit einer internationalen Arbeitsteilung in erster Linie Glaswaren mit technischem Gebrauchszweck ausführt, die in der Mehrzahl der Absatzgebiete nicht oder nicht in gleicher Ausfuhr hergestellt werden. Das wichtigste Ausfuhrland für Verbrauchsglas bildet demgegenüber die Tschechoslowakei, während in Brau- und belgische Export an erster Stelle steht. Dementsprechend gewinnen für Deutschland Produktionsgüter aus Glas im Auslandsgeschäft steigende Bedeutung; sie waren im Jahre 1929 mit 59 v. H. (gegen 33 v. H. im Jahre 1913) an der Gesamtausfuhr beteiligt. Während die Ausfuhr von Konjunkturprodukten aus Glas bereits seit Anfang 1929 erheblich zurückgeht, sinkt die Ausfuhr von Produktionsgütern erst in den letzten Monaten scharf ab. In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres lag die Ausfuhr von Produktionsgütern aus Glas nur 3 v. H., die Ausfuhr von Verbrauchsgütern aus Glas dagegen 9 v. H. niedriger als im Vorjahre.

Die Glasindustrie auf dem Weltmarkt.

Land	Arbeiter 1930	Ausfuhr im Jahr 1930 (Mill. RM)	Beschäftigung im Jahr 1930 (v. H.)	Eilederung der Ausfuhr 1929 (v. H.)					
				Belgien	Frankreich	England	USA	Japan	China
Deutschland	100%)	247	30-25	52	80	12	4	2	
Tschechoslowakei . .	25%)	177	80	0	47	21	31	0	
Belgien	35%)	171	—	1	11	87	0	0	

1) 1925. 2) Nur Fabrikarbeiter (1928). 3) 1927

Die Tafelglasindustrie setzte erneut ihre Preise herab. Da die Kaufkraft jedoch im ganzen vor dem Abschluß steht und auch die übrigen Abnehmerindustrien wenig ausnahmefähig sind — der Beschäftigungsgrad der Möbelfabrikanten liegt um 18 v. H. unter Vorjahrshöhe, die Kraftfahrzeugproduktion ist um 33 v. H. zurückgegangen — ist die Absatzlage weiterhin sehr gedrückt. Schmudglas erzielte saisonbedingt einen gewissen Mehrabsatz. Die vom Einzelhandel erteilten Aufträge in Wirtschaftsglas- und Beleuchtungsgläsern blieben hinter dem Vorjahre zurück. Eine wesentliche Besserung der Absatzverhältnisse für die nächsten Monate weder im Inland- noch im Auslandsgeschäft zu erwarten ist, dürfte der gegen Jahresende eintretende saisonübliche Beschäftigungsrückgang in diesem Jahre besonders ausgeprägt sein.

Gräseroda.

Seit Jahren hat man im „Keramischen Bund“ von der Wilhelmshütte in Gräseroda nichts gelesen, und die Kollegen im In- und Ausland müssen wohl glauben, hier sei alles in schönster Ordnung. Daß dem nicht so ist, sollen folgende Zeilen beweisen: Schon im vorigen Jahre ließ man die Kollegen der Porzellanindustrie an der Wanne angeblich wegen Abfahrschwierigkeiten kurzarbeiten. Aber schon nach kurzer Zeit (ungefähr 5 Wochen) trat die Betriebsleitung, nachdem sie glaubte, daß die Belegschaft müde genug sei, an dieselbe heran mit der Befanntgabe, daß größere Aufträge vorlägen, diese aber nur hereingenommen werden könnten, wenn die in Frage kommende Kategorie sich bereit erklärte, auf die nach Betriebsvereinbarung bestehenden 6 bis 7 Proz., welche als Ausgleich bei der Einführung des Dreischichtensystems für den Anfall der achten Stunde festgelegt wurden, zu verzichten. Die Kollegen, im guten Glauben, der gesamten Belegschaft einen Dienst zu erweisen, nahmen diese Lohnkürzung an. Es folgte dann bei Vollarbeit die Produktion in erhöhtem Maße ein. Aber dieses Entgegenkommen der Kollegen scheint den Appetit der Betriebsleitung erregt zu haben, denn in letzter Zeit versucht sie, der Belegschaft einen viel größeren Abzug auszuwingen. Nachdem der Reichsarbeitsminister die bestehenden Lohnsätze bis zum 1. November 1930 verlängert hatte, trat die Betriebsleitung mit größeren Lohnkürzungen an die Belegschaft heran. In einer starkbesetzten Betriebsversammlung wurde das Ansuchen der Direktion zurückgewiesen, worauf die Kündigung der gesamten Belegschaft erfolgte. Inzwischen auf die Undurchführbarkeit ihres Vorhabens aufmerksam geworden, zog die Direktion die Kündigung zurück mit der Begründung, den kommenden Schichtspruch abzuwarten, welcher uns bekanntlich einen dreiprozentigen Lohnraub brachte. Der angeforderte Betriebslohnobba soll in der Schwebe bleiben. Um die Belegschaft für ihr Vorhaben günstig zu machen, mußte wiederum die Kurzarbeit herbeigeholt werden, welche auch inzwischen zur Durchführung gelangte. Über gemacht, ihr Herren, ihr werdet bei eurem Vorhaben einer straffdisziplinierten Arbeiterschaft gegenüberstehen. Wir behalten uns vor, die Deffektivität von dem Verlauf der Dinge, welche sich augenblicklich abspielen, auf dem laufenden zu halten. Euch, Kollegen, aber rufen wir zu: Nur vereint seid ihr stark!

Sena.

Die Wirtschaftskrise zeigt auch nunmehr größere Folgen für die Stille- und Lichtindustrie. Infolge des starken Rückganges der Beleuchtungsbranche, der weit stärker sein soll als in früheren Jahren, hat die Firma Schott neue Entlassungen angekündigt. Diesen Entlassungen hat der Arbeiterrat und die am 9. Dezember stattgefundene Betriebsversammlung entgegengekömmt. Die überfüllte Belegschaftsversammlung hat auf Vorschlag des Arbeiterrats mit allen gegen 5 Stimmen der F.W.D. beschlossen, ab 1. Januar die Arbeitszeit um 4 Stunden zu verkürzen mit dem Verzicht auf Lohnausgleich. Die Firma hatte an der Kurzarbeit kein Interesse, denn wenn die Kurzarbeit von ihr beantragt wurde, war sie verpflichtet, nach § 66 des Stille-Statuts die ausfallende Zeit zu bezahlen. Die Firma hatte deshalb den Weg der Entlassung gewählt, hat sich dann aber mit dem Vorschlag des Arbeiterrats einverstanden erklärt mit der Bedingung des Arbeiterrats, daß während der Kurzarbeit Entlassungen nicht vorgenommen werden dürfen. Das ist ein großer Solidaritätsakt aller älteren Beschäftigten, die sich unter Lohnverzicht dafür einzusetzen, daß zunächst weitere Entlassungen vermieden werden. Das wiegt um so mehr, weil ja der größte Teil der älteren Beschäftigten infolge höherer Abgangsschädigung an und für sich bei den Entlassungen nicht in Betracht kamen.

Bei Zeiß liegt es wirtschaftlich ebenso. Dort hat sich der Arbeiterrat diesen Beschluß nicht zu eigen machen können, weil die Firma trotzdem Entlassungen vornehmen wollte. So werden in den nächsten vier Monaten zunächst 250 Mann entlassen.

haben . . . daß die Porzellanindustrie dortwärtig nach solchen Ländern gesteigert werden konnte, die — am Durchschnittspreis gemessen — verhältnismäßig hochwertiges Porzellanexport aufzunehmen“ heißt es weiter. Dann wird auf das seit 1925 fast ununterbrochene Zurückgehen der mengenmäßigen und seit 1928 der wertmäßigen Ausfuhr hingewiesen. Nur bei den Ländern Dänemark, Griechenland, Italien, Norwegen, Schweden und Schweiz ist eine erhebliche Steigerung der Ausfuhr zu verzeichnen.

Vom Porzellanverbrauch wird gesagt, er sei gegenwärtig im Mengenumsatz je Kopf der Bevölkerung um 15 bis 20 v. H. geringer geworden. Teilweise sei dies auf eine qualitative Verschiebung der Nachfrage zurückzuführen.

Auch die Porzellaneinfuhr der Tschechoslowakei und Japans nach Deutschland werden erwähnt, bezüglichen die konjunkturellen Schwankungen im Inland, die auf den Abfall von Geschirrporzellan Einfluß haben. Seit dem Konjunkturrückgang würden billigere Qualitäten im Inlande bevorzugt.

Im Schlußabsatz wird zusammengefaßt, daß der Absatz von Geschirrporzellan wachsendem Überschuß begegnet, daß auf dem Weltmarkt die hohen Preise der Absatzländer und die niedrigeren Herstellungskosten der konkurrierenden japanischen und tschechoslowakischen Industrie die Ausbreitung von billigeren deutschen Serienzeugnissen den Absatz erschweren, und daß sich auf dem Inlandsmarkt in erhöhtem Umfange auch die Konkurrenz anderer Warengruppen (Steingut usw.) hemmend bemerkbar mache. Es wird dann gesagt, daß die Geschirrporzellanindustrie den Absatz hochwertiger Waren pflege. Die Umstellung auf bessere Qualität könne jedoch nur allmählich erfolgen. Im Jahr 1928 hätten die Fabriken der Qualitätsklassen I und II, die vorwiegend billiges Seriengeschirr anfertigen, rund 65 v. H. der Produktionskapazität umfaßt. Die Umstellung in der deutschen Geschirrinindustrie werde erfolgreich vollzogen.

Das ist das Wesentliche aus den Feststellungen des Berichtes vom Institut für Konjunkturforschung und betätigt die allgemeinen Beobachtungen. Ein vollständig abgerundetes Bild kann freilich gegeben werden; denn zu große Klarheit lieben die Porzellanindustriellen nicht. Das hat seine Gründe, die auch vom Institut für Konjunkturforschung beachtet wurden.

Ein Abschnitt des Artikels ist nach unserem Dafürhalten etwas zu tendenziös nach den Wünschen der Porzellanindustrie behandelt worden, und zwar der über „Kosten nachteile der deutschen Geschirrporzellanindustrie“.

Wir werden diesen Abschnitt besonders behandeln.

Ausstellung in der Berliner Manufaktur.

Die staatliche Porzellanmanufaktur Berlin hatte ihre Gönner und Freunde zum 6. Dezember zu einer Vorbesichtigung ihrer Weihnachtsausstellung in die festlich geschmückten Ausstellungsräume in der Regelstraße eingeladen.

Der Leiter des Instituts, Herr Professor Dr. von Pechmann, begrüßte die Erschienenen. Er erinnerte an die vor Jahresfrist vorgenommene historische Tafelausstellung, die einen schönen Erfolg gebracht habe. Seit dieser Zeit sei unablässig von allen Beteiligten gearbeitet worden. Die Ausstellung zeigte eine Auslese dieser Arbeit. Der Redner dankte seinen Mitarbeitern, zu denen auch seine Frau gehöre. Besonderer Dank gebühre den Künstlern, Technikern, Arbeitern und Angestellten der Manufaktur. Hervorzuheben sei, daß die Arbeiter trotz der wirtschaftlichen Bedrängnisse, Entlassungen und Kurzarbeit sich in den Dienst der Sache gestellt haben.

Im Verkauf von Kunstporzellan habe das Berichtsjahr das Vorjahr übertroffen. Der historischen Entwicklung ist in der Ausstellung Rechnung getragen. Die neuen Versuche, die gezeigt wurden, haben Beifall gefunden. Besonders gezeigt werden Porzellane für die neue Wohnung, auch Porzellanküchen. In der Gestaltung der Moderne haben die in der Manufaktur zahlreich vorhandenen, in der Technik verwandten Formen, Verwendung gefunden. So sind z. B. als Lampenkörper die Köhren der chemisch-technischen Abteilung mit Glid und Geschmack zur Verwendung gekommen. Direktor von Pechmann führte weiter aus, daß die Manufaktur im Laufe des vergangenen Jahres dreizehn größere Sonderveranstaltungen selbst veranstaltet habe und an etwa zwanzig Ausstellungen beteiligt gewesen sei. Auf der Pariser Messe seien die modernen Porzellane gezeigt und mit Beifall aufgenommen worden. Trotz der schweren Wirtschaftskrise sei eine im vergangenen Jahr fruchtbringende Arbeit im Interesse der Manufaktur geleistet worden. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Appell, trotz der Schwere der Zeit mutig weiter mitzuarbeiten und die Entwicklung der Manufaktur fördern zu helfen.

An die Ausführungen des Manufakturleiters schloß sich eine zwanglose Besichtigung der Ausstellung. Zu sehen waren Reproduktionen der alten prunkvollen Service aus der Glanzzeit des Porzellans in sehr schön abgestimmten Bedecken. Ein Versuch, ein billiges Speiseservice mit lackrotem Mandelfarben zu schaffen, dürfte bei dem immerhin noch erheblichen Preis kaum den erwünschten Erfolg haben. Ansprechender war schon das Service mit Poliergoldrand. Einfach und dem modernen Kunstempfinden entsprechend ist das Tischservice von Ruth Schumann. Die Spielereien für große und kleine Kinder, Kinderservice, dürften wohl nur Spielereien für große Kinder bleiben. Die Säschelchen sehen zwar sehr reizvoll aus, sind aber für den gedachten Zweck viel zu teuer. Die kurzen gedrungeneren Tischleuchten machten in den schön abgestimmten Farben einen sehr guten Eindruck. Nicht so die Fußbodenlampen, die auf edigem Sockel stehend, wie weißemaltes Metall wirken.

Der Gesamteindruck der Ausstellung war bei aller Vornehmheit doch schlicht und anheimelnd. Im Interesse der Manufakturarbeiterschaft wünschen wir der Ausstellung einen guten Erfolg, die Belegschaft, besonders die der Verzierungsabteilung, kann ihn brauchen. Die Malerei ist innerhalb weniger Jahre von weit über 100 Beschäftigten auf einige 30 reduziert worden. Die notwendigen Folgerungen für Verbesserungen in anderen Abteilungen sind aber nicht gezogen worden, das zu tun, dürfte sich nach unserem Erachten für die Manufaktur finanziell vorteilhaft auswirken.

Lübeck.

Vorsicht bei Arbeitsannahme nach Lübeck.

Der Verbrauch an geübten Porzellanarbeitern, insbesondere von Malern, ist in Lübeck ein sehr starker. Die Lübecker Porzellanfabrik bemüht sich dauernd, örtlich fremde, geübte Kräfte heranzuziehen, die aber nach ganz kurzer Zeit immer wieder zur Entlassung gebracht werden. Meistens sind es dann jüngere Kollegen, die hier mit der niedrigen Unterstützung die sehr hohen Kosten und Logisgebühren nicht bezahlen können. Andere Arbeitsmöglichkeiten liegen nicht vor, so daß dann diese Kollegen häufig mit geborgtem Fahrgeß in die Heimat abdemarschieren. Wer ein Arbeitsangebot von der Firma Lübecker Porzellanfabrik erhält, möge sich vor seiner Abreise

Dresden.

Die Presse bringt die Nachricht, daß die Firma Willerod & Koch zur Wiederaufnahme ihres stillgelegten Betriebes der Steingutfabrik, in Dresden von der Sächsischen Stabfabrik ein Darlehen von 1 Million Reichsmark für fünf Jahre zinslos erhalten soll, wenn das Werk wieder eröffnet wird. Die Industriellen und ihre Leitungen wenden sich scharf gegen eine Subvention an die Firma Willerod & Koch.



Porzellangefäßproduktion geht zurück.

Das Institut für Konjunkturforschung bearbeitete, in Verbindung mit dem Leipziger Messeramt, die Leipziger Herbstmesse 1930 und die Lage der verarbeitenden Industrie und verlegte das Heft bei Reimar Hobbing, Berlin SW 61. In der Zusammenstellung ist auch ein Aufsatz „Entwicklungsstendenzen in der deutschen Geschirrporzellanindustrie“ und eine Ermittlung über das Messergeschäft 1930 zu lesen.

Nach den Darstellungen bleibt die Produktion von Geschirrporzellan ständig um rund 20 v. H. hinter dem Vorkriegsniveau zurück, während bei Elektroporzellan ganz unverkennbar ein struktureller Anstieg der Erzeugung zu verzeichnen ist. Die Produktion von Geschirrporzellan wird für 1913 mit 125 angegeben, 1924 mit 101, 1925 mit 109, 1926 mit 91, 1927 mit 104, 1928 mit 100 und 1929 mit 87. Die Ziffern bestätigen also die Behauptung. Bei Elektroporzellan dagegen geht es unaufhörlich aufwärts, 1923 ist mit 58 bezeichnet, 1924 mit 67, 1925 mit 96, 1926 mit 88, 1927 mit 99 und 1928 mit 100.

Es wird dann weiter gesagt, daß die Entwicklung der deutschen Geschirrporzellanproduktion im bemerkenswerten Gegensatz zu der des Auslandes steht. Die Tschechoslowakei hat sich nach den Darlegungen weiter entwickelt als Deutschland; die Porzellanproduktion lag schätzungsweise um 15-20 Proz. höher als vor dem Kriege und die japanische Erzeugung von keramischen Waren stieg gar um rund 150 Proz. England hat seine Erzeugung gehalten, in Schweden hat sie um 20 Proz. zugenommen und in Dänemark um 70 Proz.

Diese Steigerung in anderen Ländern beeinträchtigte den Export deutschen Porzellans nach den Angaben ziemlich stark. Im Weltmarkt erschien danach die Geschirrporzellanindustrie mit 47,8 im Jahre 1913 und mit 47,6 im Jahre 1928. Bei der Tschechoslowakei ist der Prozentfuß für 1913 mit 18,3 und für 1928 mit 37 verzeichnet. Japan kam bei seinen keramischen Waren von 20 im Jahre 1913 auf 71,9 im Jahre 1928. Bei Frankreich ist ein Rückgang des weichen und befeuchteten Porzellans von 26,7 im Jahre 1913 auf 13,9 im Jahre 1928 eingetreten. Großbritannien ist von 6,4 im Jahre 1913 auf 3,4 im Jahre 1928 gekommen und die Vereinigten Staaten von 0,9 auf 1,6.

Ueber die Struktur der Absatzmärkte vor dem Kriege heißt es in dem genannten Aufsatz: „Zwischen den drei Hauptexportländern Deutschland, Japan und Österreich-Böhmen hatte sich in der Vorkriegszeit eine charakteristische Aufteilung der Märkte herausgebildet. Während die österreichische Porzellanindustrie zu rund zwei Dritteln auf das europäische Geschäft eingestellt war — neben Deutschland war Großbritannien der wichtigste Abnehmer — lag für die deutsche Porzellanindustrie der Schwerpunkt auf dem japanischen Markt. Allein die Vereinigten Staaten von Amerika nahmen nahezu ein Drittel deutschen Porzellangeßirrs auf wie der gesamte europäische Markt. In Europa spielte als Abnehmer für Deutschland Großbritannien die wichtigste Rolle. Der asiatische Markt — Hauptabnehmer für billiges Porzellangeßirr — erwies sich in Niederländisch-Indien, in China und Britisch-Indien als besonders aufnahmefähig. Die japanische Industrie führte gleichfalls vor allem nach dem amerikanischen Marktgebiet aus;

innerhalb Asiens war für sie nur China als Absatzmarkt von größerer Bedeutung.

In der Nachkriegszeit hat sich das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen Konkurrenzländern völlig verschoben. Berücksichtigt man die im Vergleich zur Vorkriegszeit um rund ein Drittel verringerte Kaufkraft des Geldes, so zeigt sich, daß der deutsche Export sich auf dem gleichen Stand wie 1913 hält. Die Ausfuhr der böhmischen Industrie hat sich demgegenüber etwa verdoppelt, die Ausfuhr Japans sogar mehr als verdreifacht, so daß der Weltmarkt insgesamt im Jahre 1928 um rund 50 v. H. über Vorkriegeshöhe liegen dürfte. Nach Marktgebieten betrachtet, hat der deutsche Export vor allem auf dem asiatischen Markt bedeutende Verluste erlitten. Hier hält Deutschland gegenwärtig nur noch ein Drittel des Vorkriegsexportes, während Japan dort nahezu fünfmal soviel wie vor dem Kriege an Porzellanwaren absetzt. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Australien, wo nur noch die Hälfte der deutschen Vorkriegsausfuhr aufgenommen wird, der japanische Absatz dagegen um mehr als das Dreifache zunahm.

Besonders scharf gestakete sich der Konkurrenzkampf um den Markt der Vereinigten Staaten von Amerika. Im ganzen erreichen die amerikanischen Einfuhrziffern, wenn man die Preisveränderungen berücksichtigt, nicht wieder den Vorkriegsstand. Während der Anteil Deutschlands an der Einfuhr noch etwas stärker sank als die Gesamteinfuhr, konnte Japan, sowohl anteilig wie auch absolut, seinen Absatz nach den Vereinigten Staaten bedeutend erhöhen. Auch die böhmische Porzellanindustrie, die in Europa gegenüber der deutschen Industrie noch gewisse Kostenvorteile hat, ist auf den außereuropäischen Märkten der japanischen Konkurrenz nicht gewachsen; daher sind auf dem australischen Markt auch der böhmischen Industrie starke Absatzverluste entstanden; die Ausfuhr nach den amerikanischen und asiatischen Ländern hielt mit der Entwicklung des Gesamtexports nicht Schritt.“

Dann wird in dem Aufsatz auf die exporthemmende Wirkung der ausländischen Schutzzölle hingewiesen und als Beispiel England herangezogen. Es heißt, daß Großbritannien 1925 noch über 7000 t deutsches Porzellangeßirr einfuhr; es wird jedoch nicht gesagt, um wieviel die Einfuhr aus Deutschland infolge der Einführung des höheren Zolles zurückgegangen ist. Auch die Vereinigten Staaten kamen mit Zollserhöbungen, ferner Kanada, Bolivien, Mexiko, Australien, Neuseeland, Ägypten und Portugal. Die zahlenmäßige Auswirkung der Zollserhöbungen in den verschiedenen Ländern auf die deutsche Porzellangeßirrinindustrie wird nicht bekanntgegeben; man kann also nicht feststellen, in welchem Umfange sich die exporthemmenden Wirkungen bemerkbar machten. Infolge der Schutzpolitik des Auslandes verlor die deutsche Porzellangeßirrinindustrie, den Export hochwertiger Qualitätszeugnisse in den Vordergrund zu stellen. Es wird auch festgestellt, daß der Durchschnittspreis der ausgeführten Porzellanwaren in den letzten Jahren ständig gestiegen ist und gegenwärtig über der Vorkriegeshöhe liegt. Vor allem auf dem europäischen Markt scheint die Umstellung auf bessere Qualitäten den Außenhandel günstig beeinflusst zu

Tagung des Exekutivkomitees

der Internationalen Föderation der Keramarbeiter
vom 17. bis 19. Dezember in Paris.

Am 17. Dezember kamen Vertreter der internationalen Föderation der Keramarbeiter aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Holland und der Tschechoslowakei — die Engländer hatten sich im letzten Augenblick infolge Besprechungen über die Silikose im Arbeitsministerium entschuldigen müssen — zu einer Arbeitstagung im Hause des französischen Gewerkschaftsbundes in Paris zusammen.

Ohne die sonst üblichen Begrüßungsreden wurde sofort die geschäftliche Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung in Angriff genommen.

In der vorläufigen und gutgeheilten Tagesordnung stand der Bericht des internationalen Sekretärs, des Kameraden Apel, Charlottenburg, an erster Stelle zur Beratung.

Kamerad Apel berichtete über seine einjährige Tätigkeit und besonders von seinen Bemühungen, die freigelegten Keram- und Porzellanarbeiter der noch nicht angeschlossenen Länder zum Anschluß an die Föderation zu bewegen. Von China sei ein Brief als unbestellbar zurückgekommen, von Japan, Nordamerika und einigen anderen Ländern ständen die Antworten noch aus. Die größte Arbeit habe die internationale Lohnerhebung gemacht. Eine Verständigung über die Auswertung müsse noch erzielt werden. Neu sei die Frage der Silikose (Staublungenerkrankung) und das Bestreben, ihre internationale Anerkennung als entschädigungspflichtige Berufskrankheit durchzusetzen, hinzugekommen. Alle in dieser Frage bestehenden gesetzlichen Vorschriften der verschiedenen Länder und der ärztlichen Erforschungen, soweit sie ermittelt werden konnten, sind den angeschlossenen Föderationsmitgliedstaaten schriftlich zugestellt worden, desgleichen der internationale Stand der Bleierkrankungsfrage. Den internationalen Sekretär haben weiter die Fragen des Tragens schwerer Lasten durch Frauen und das Ausnehmen heißer Oefen beschäftigt. Auch darüber ist schriftlich berichtet worden. Der Briefverkehr wurde so gepflogen, daß die angeschlossenen Länder die Anschriften in ihrer Nationalsprache bekommen.

Die Ländervertreter gaben dann Bericht von ihren Organisationen und dem Stand der internationalen angeschnittenen Fragen, wobei sie auch zum Bericht des internationalen Sekretärs Stellung nahmen, der allseitig lobende Anerkennung fand. Von der deutschen Vertretung wurde besonders die Frage der internationalen Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 bzw. 40 Stunden in der Woche angeschnitten.

Mit der einstimmigen Annahme folgender Resolutionen fand der erste Tagesordnungspunkt und Verhandlungstag seinen Abschluß:

Das Exekutivkomitee der Föderation der Keramarbeiter nimmt den Tätigkeitsbericht und den Kassenbericht des internationalen Sekretärs ApeI zur Kenntnis.

Das Exekutivkomitee erteilt dem Kameraden ApeI Entlastung und spricht ihm Anerkennung und Dank für seine Tätigkeit für die Föderation aus.

Resolution zur Arbeitszeitfrage.

Durch die Vervollständigung des Produktionsapparates, durch Rationalisierung und Technisierung der gesamten Wirtschaftszweige der ganzen Welt ist die Produktion in ihrer Gesamtheit nicht nur pro Kopf des produzierenden Arbeiters, sondern auch pro Kopf der Bevölkerung beträchtlich erhöht worden. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist die Folge der Ausdehnung und technischen Verbesserung der Produktion. Die große Arbeitslosigkeit, die auch in der keramischen Industrie herrscht, verlangt mit zwingender Notwendigkeit eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Das Exekutivkomitee der Föderation der Keramarbeiter verpflichtet die angeschlossenen Landesorganisationen, der Frage der Arbeitszeitverkürzung ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken und eine wesentliche Herabsetzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden in der Woche anzustreben, damit die Möglichkeit besteht, freigesetzte Arbeitskräfte wieder in den Arbeitsprozeß einzureihen.

Am zweiten Verhandlungstag wurde Stellung zur internationalen Lohnerhebung der Keramarbeiter genommen und eingehende Erläuterungen gegeben. Da die Statistik nur von drei Ländern genau gemacht wurde, konnten einwandfreie Vergleiche über die Lohnhöhe der gesamten zur Föderation gehörenden Keramarbeiter nicht gezogen werden. Die Vertreter der Länder waren sich einig, daß bei Lohnvergleichen auch die Lebenshaltung der betreffenden Arbeitergruppen mit zu berücksichtigen seien, wenn man zu den richtigen Schlüssen aus den Lohnvergleichen kommen wolle. Einer öffentlichen Behandlung der Lohnvergleiche kann deshalb nicht stattgegeben werden. Es sollen jedoch auf Grund der bisherigen Ermittlungen Lohnerhebungen bei gleichgearteten Arbeitergruppen künftig weiter vorgenommen werden, um allmählich zu brauchbaren und verwendungsfähigen Ergebnissen zu kommen.

Die angeregte Verschmelzung mit der Internationalen der Glasarbeiter und mit der Internationalen der Fabrikarbeiter gab am zweiten Verhandlungstage Veranlassung zu einer sehr eingehenden und ausgiebigen Beratung. Der internationale Sekretär berichtete vom Verlauf der Dinge in der Verschmelzung vom letzten Kongreß bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Für die Verschmelzung mit der Fabrikarbeiter-Internationale setzten sich vor allem die Kollegen Elzner, Deutschland, und de Vries, Holland, ein. Elzner verwies besonders darauf, daß die grobkeramischen Gruppen der anderen Länder nicht zur Föderation der Keramarbeiter, sondern zur Internationalen der Fabrikarbeiter gehörten. Nur Deutschlands Grobkeramik und ein Teil der Grobkeramik der Tschechoslowakei seien in der Internationalen der Keramarbeiter. Ihm komme es bei einer Verschmelzung vor allem darauf an, die grobkeramischen Arbeiter aller internationalen erfassten Länder in einer Internationalen zusammenzubringen. De Vries brachte zum Ausdruck, daß die Holländer mit dem Stand der Verschmelzung nicht zufrieden seien könnten. Die Keramarbeiter sollten sich auch dem Bild der nationalen Fabrikarbeiterverbände auch international zusammenschließen. Der internationale Sekretär habe den vorher gefaßten Beschlüssen zuwidergehandelt. Im Verlauf der weiteren Debatte wurde von deutschen, tschechoslowakischen, französischen und dänischen Vertretern betont — die Engländer hatten schriftlich Einwendungen und Abneigung gegen eine Verschmelzung dargelegt —, daß eine internationale Verschmelzung nicht in dem Tempo zu erreichen sei, wie das die Holländer wünschen. Es nehme sich eigenartig an, daß es gerade nach den Wünschen der kleinsten Gruppe, die die geringsten Erfahrungen habe sammeln können, gehen solle. Wenn schon eine Verschmelzung vorgenommen werden solle, müßten alle Länder ihre Zustimmung dazu aussprechen. Das sei bisher nicht der Fall. Im übrigen komme es an das Wirken der Internationalen für die ihr angeschlossenen Industrie- bzw. Berufsarbeiter an und da habe bisher die Internationale der Keramarbeiter vorbildliche Arbeit geleistet. Diese Wirksamkeit müsse aufrecht erhalten werden. Abschließend muß in dem Bericht gesagt werden, daß mit der bisherigen Aufrollung der Verschmelzungsfrage nicht viel Freunde in der internationalen Föderation der Keramarbeiter dafür gewonnen werden konnten. Der nächste Kongreß wird sich wieder damit zu befassen haben. Folgende Entscheidung fand einstimmige Annahme:

Resolution zur Verschmelzung.

Das Exekutivkomitee der Internationalen Föderation der Keramarbeiter nimmt durch einen Bericht des internationalen

Sekretärs Kenntnis von dem Verlauf und dem gegenwärtigen Stand der Verschmelzungsfrage mit den Internationalen der Glasarbeiter und der Vereinigung der Fabrikarbeiter.

In Ausführung des in der Resolution des 6. Kongresses in Kopenhagen enthaltenen Auftrages und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Umstände beschließt das Exekutivkomitee, einer Einladung der Glasarbeiter-Internationalen zu einer Aussprache nachzukommen.

Ziel dieser Aussprache soll sein, die Verschmelzung der drei Internationalen entsprechend der Resolution des 6. Kongresses in Kopenhagen, anzubahnen.

Das Exekutivkomitee beschloß, seinen ersten Jubiläumskongreß (25-jähriges Bestehen der Internationalen Föderation) im Sommer in Limoges abzuhalten.

Den letzten und wichtigsten Tagesordnungspunkt bildete ein Vortrag des Herrn Dr. Stoker von der hygienischen Abteilung des internationalen Arbeitsamtes in Genf, über die Silikose und den Silikosekongreß in Johannesburg. Den Vortrag bringen wir seiner Wichtigkeit halber in der nächsten Nummer im Wortlaut.

Im Anschluß daran berichteten noch die Ländervertreter über den Stand der Bestrebungen, die Silikose als entschädigungspflichtige Berufskrankheit zu Anerkennung zu bringen bzw. über die Auswirkungen der bereits durchgesetzten Anerkennung.

Den Abschluß dieses Behandlungsthemas bildete die Annahme folgender Resolution:

Resolution.

Das Exekutivkomitee der Internationalen Föderation der Keramarbeiter nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der bisherigen Tätigkeit des internationalen Sekretärs in der Frage der Staubkrankheiten als entschädigungspflichtige Berufs-

krankheiten. Insbesondere begrüßen die Vertreter der einzelnen Länder die Zusammenarbeit der Internationalen der Steinarbeiter, Bergarbeiter und Keramarbeiter in dieser Frage. Das Exekutivkomitee wünscht ferner, daß unter Berufung auf das Resultat der Silikosekonferenz 1930 in Johannesburg das Internationale Arbeitsamt den angeschlossenen Regierungen empfiehlt, soweit die Staublungung noch nicht als entschädigungspflichtige Berufskrankheit anerkannt ist, in diesen Ländern die Entschädigungspflicht durchzuführen, ohne Rücksicht auf die von der Konferenz in Johannesburg verlangten weiteren Untersuchungen, die wissenschaftlichen Zwecken dienen sollen.

Die Vertreter der Länder, in denen die Silikose noch nicht als entschädigungspflichtige Berufskrankheit der Keramarbeiter anerkannt ist, halten sich verpflichtet, die Anerkennung zu forcieren.

In den Ländern, wo nur einzelne Berufszweige der Keramindustrie unterstellt sind, sollen alle gefährdeten Berufe von der Entschädigungspflicht erfaßt werden. Zur Verhütung von Stauberkrankungen sind die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Durch regelmäßige Untersuchungen sollen gefährdete, für die Erkrankung an Staublungung disponierte Arbeiter rechtzeitig aus den Betrieben entfernt werden. Diesen Arbeitern ist bis zur Erlangung eines anderen Berufes und bei Abgang in einen geringer entlohnten Beruf eine Uebergangsgrenze zu gewähren, wie es in der deutschen Verordnung vorgesehen ist. In den Betrieben müssen Einrichtungen durchgeführt werden, die geeignet sind, die Staubgefährdung der Arbeiter zu beseitigen oder auf ein Minimum herabzudrücken.

Nach Erledigung einiger anderer geschäftlicher Angelegenheiten fand die reichhaltige Arbeitstagung am 19. Dezember abends ihr Ende.



Trübe Aussichten für die Baustoffindustrie.

In der „Ziegelwelt“ (Doppelnummer 50/51 vom 11. 12. 30) wird in einem Artikel, betitelt „Die Zukunft des Baumarktes“, geschildert, wie sich die Lage der Baustoffindustrie bei der zukünftigen Entwicklung des Baumarktes gestalten kann. Das Bild ist nach dem Artikelschreiber nicht besonders rosig.

Der Artikelschreiber wendet sich scharf gegen die Auffassung mancher Kreise, daß zur Behebung der jetzt noch vorhandenen Wohnungsnot die Produktionskapazität erweitert werden müßte. An Hand statistischer Angaben des Reichsstatistischen Amtes wird auseinandergesetzt, daß bei der kommenden Entwicklung des Baumarktes unser Produktionsapparat viel zu weit ist. Nach der Statistik sind in der Vorkriegszeit 200 000 Wohnungen jährlich neu gebaut worden. Diese Zahl ist in der Nachkriegszeit erst 1926 wieder erreicht worden. Die Entwicklung von 1927 bis jetzt war folgende:

1927 sind	239 000
1928 sind	300 000
1929 sind	320 000

neue Wohnungen gebaut, also der Vorkriegszeit-Wohnungsneubau ist erheblich überschritten.

Ueber die ersten 9 Monate des Jahres 1930 liegen folgende Zahlen vor:

In 92 Großstädten sind 111 300, in Gemeinden über 100 000 Einwohner 141 000, davon 120 000 in Städten mit über 50 000 Einwohnern neu gebaut worden.

Der unbefriedigte Wohnungsbedarf soll nach hochgehenden Schätzungen noch 750 000 Wohnungen betragen; andere schätzen ihn auf etwa 500 000. Wenn man erstere Zahl annimmt, so wäre der unbefriedigte Wohnungsbedarf im Jahre 1943 gedeckt, der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage hergestellt. Nimmt man 500 000 an, so sei der rückständige Bedarf schon 1940 gedeckt.

Vom Statistischen Reichsamte sind folgende Zahlen zur Befriedigung des Wohnungsbedarfs errechnet:

von 1927 bis 1930	225 000
von 1931 bis 1935	250 000
von 1936 bis 1940	190 000
von 1941 an nur noch	85 000

Diese Anzahl Neubauwohnungen brauchen, wenn man Geburtenrückgang usw. berücksichtigt, von 1941 an nur noch gebaut werden, so daß für die Baustoffindustrie auf diesem Gebiete nicht viel zu erhoffen wäre.

Auch Staat und Gemeinden hätten ihren dringenden Baubedarf, wie Schulen usw., bereits erledigt, so daß auch in dieser Hinsicht nicht viel zu erhoffen sei.

Eine kleine Hoffnung ist nach den Ausführungen des Artikelschreibers der „Ziegelwelt“ noch vorhanden, und zwar die, daß eine große Anzahl heute bereits überalterter, abbruchreifer Wohnungen durch Neubauten ersetzt werden müßte.

Weiter würden sich die Ansprüche derjenigen Kreise an bessere Wohnungen steigern, die sich infolge der Wohnungsnot schlecht und recht bis jetzt in unzureichenden Wohnungen durchgezwungen und durchgepeinigt hätten. Durchgehungen muß noch dazugelegt werden.

Berraten hat der Artikelschreiber der „Ziegelwelt“ leider nicht, wie gerade diese Kreise die gesteigerten Ansprüche, die zweifellos vorhanden sind, befriedigen sollen, wenn sie sich aus Mangel an Mitteln bereits heute mit unzureichenden, schlechten Wohnungen begnügen müssen. Wer das nötige Einkommen hatte, konnte bereits bis heute schon seine Ansprüche an bessere Wohnungsverhältnisse befriedigen, für die Kreise mit besserem Einkommen eine Wohnungsnot bestanden und wird auch in Zukunft keine bestehen.

Aber gerade bei den Kreisen, die sich heute mit oft menschenwürdigen Wohnungsverhältnissen begnügen müssen, wird, so lange der kapitalistische Gesellschaft besteht, eine Wohnungsnot bestehen, weil sie einfach die Mittel nicht haben, diese Wohnungsnot zu beseitigen.

Bir haben diese Ausführungen machen müssen, weil gerade die Kreise, welche der „Ziegelwelt“ nahe stehen, mit die Schreier im Unternehmerchor sind, die einer radikalen Herabsetzung der Löhne, womöglich noch unter den Vorkriegsmaßstab, das Wort reden. Fast jede Nummer der Zeitschrift bringt Ausführungen, die über die zu hohen Ziegelarbeiterlöhne klagen und einer Herabsetzung das Wort reden. Man will den Pf abgeben, auf dem die Ziegelindustrie ebenfalls ist. Denn eine Herabsetzung des Einkommens der Arbeiterklasse muß doch eine Einschränkung der ganzen Lebenshaltung dieser herbeiführen. Das erste, was bei einer Einschränkung der gesamten Lebenshaltung in Frage kommt, sind doch die Ansprüche auf bessere Wohnung, Kleidung und sonstige kulturelle Bedürfnisse, weil eben die Frage der Daseinsfrage vorgeht.

Es soll dann der Staat vor allem bei kinderreichen Familien einspringen, was er heute schon aus bevölkerungspolitischen Gründen tut.

Auf der einen Seite wettet man gegen die Einmischung des Staates, will allen Zwang auf dem Gebiete der Wohnungsfrage beseitigt wissen, auf der anderen Seite will man, daß der Staat, natürlich im Interesse der Hebung der Baustoffindustrie, eingreift. Auch auf dem Wege der Gesetzgebung müßte etwas geschehen, und zwar ein Verbot der Errichtung neuer Werke für eine Reihe Jahre. Das würde aber Befriedigung der gerade von der „Ziegelwelt“ so oft und sehr gepriesenen Privatinitiative

bedeuten. Man kann eben auch anders, je nachdem es gerade paßt.

Da nun aber Gemeinden, Staat usw. ihre großen Baupläne und -bedürfnisse schon einigemal befriedigt haben, also auch von dieser Stelle nicht allzuviel erwartet wird, sieht der Artikelschreiber nur einen einigermaßen gangbaren Weg, und zwar den der „Selbsthilfe“, durch festen Zusammenhalt in Vereinigungen, um so die Bedarfsgrößen ziehen zu können.

Das wäre Herrschaft einiger weniger Konzerne. Aufruf und rücksichtslose Schließung der kleineren Werke, ähnlich wie es in den letzten Jahren ausgiebig von der Zementindustrie geschehen ist.

Wie man aber heute sehen kann, hat auch dieser Weg gerade in der Zementindustrie nicht zum Ziel einer Abgabebildung beigetragen.

Der Artikelschreiber maßt das Bild vom Verschwinden der kleineren Werke, wenn einmal der Ansturm der großen und leistungsfähigen Werke auf den eingeschumpften Baumarkt erfolgt, lebhaft an die Wand. Wir sagen, auch dieses Mittel wird eine Hebung der Lage der Baustoffindustrien solange nicht bringen, solange es nicht zugleich mit einer Verbilligung der Produkte Hand in Hand geht. Anderenfalls sind die Baustoffkonzernen einigen wenigen Gesellschaften auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Und wenn nicht auch zugleich eine Verbesserung der Lebenshaltung des größten Teiles der Bevölkerung, der Arbeiterklasse, eintritt, werden alle Reformierungspläne der Reformier auf Arbeitgeberseite ins Wasser fallen.

Gegenwärtig sind die Unternehmer in der gesamten Baustoffindustrie drauf und dran, die Lebenshaltung gerade des wichtigsten Teiles unserer Volkswirtschaft, der Arbeiterklasse, noch mehr einzuschränken. Deshalb sind alle Reformierungsvorschläge, die von Unternehmerseite zur Hebung der Wirtschaft ausgehen, letzten Endes nur Fieberdeken, die praktisch keinen Wert haben, höchstens nur für die Aktionäre einiger großer Gesellschaften.

Grundlegende Veränderung wird nur dann einmal eintreten, wenn die gesamte Produktion nicht mehr nach Profitinteressen einzelner Unternehmer, sondern im Interesse der Allgemeinheit ausgeführt, nicht mehr eine Profit-, sondern eine wirkliche Bedarfsbedingungswirtschaft eingeführt wird.

Ausbeutung der Notlage der Arbeiter.

Durch die außerordentlich schlechte Wirtschaftslage in Baugewerbe ist auch die Baustoffindustrie stark in Mitleidenschaft gezogen. Besonders in der Zement- und Ziegelindustrie ist infolge der Abgab auf ein Minimum zurückgegangen. Diese Situation nutzen manche Unternehmer aus, um durch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sich möglichst auf Kosten der Arbeiter schadlos zu halten. Da auch in der Zement- und Ziegelindustrie fast für alle Betriebe die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch kollektive Arbeitsverträge geregelt sind, können die Arbeiter bei genügender Geschlossenheit und Standhaftigkeit trotz der Wirtschaftskrise sich erfolgreich gegen die Verschlechterungsbestrebungen der Unternehmer zur Wehr setzen. Leider läßt die Geschlossenheit und Standhaftigkeit der Arbeiter in manchen Betrieben sehr zu wünschen übrig. Und in solchen Fällen wird dann die Schwäche der Arbeiter von den Unternehmern zu ihrem Vorteil mißbraucht.

So hat unter anderem das Kalksandsteinwerk „Gans“ in Garbsen bei Hannover, das der hannoverschen Ziegel-Arbeitervereinigung gehört, den Arbeitern im November-Dezember d. J. für eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden auf die Dauer von drei Arbeitswochen statt acht nur sieben einhalb Stunden bezahlt. Anfangs Oktober wurde der Betrieb wegen Abgabemangel stillgelegt, und als nach circa sechs Wochen der Betrieb wieder auf die Dauer von drei Wochen eröffnet wurde, teilte die Betriebsleitung den einzustellenden Arbeitern mit, daß ein Teil der Vornahme der Reinigungsarbeiten täglich acht Stunden gearbeitet werden müßten, aber nur sieben einhalb Stunden bezahlt würden. Aus Not haben die Arbeiter diese unvernünftige Zumutung akzeptiert. Nachträglich die Lohnbifferenz einzufügen, dazu können sich die Arbeiter nicht entschließen, weil die Betriebsleitung den Arbeitern angeboten hat, nachdem diese infolge der Betriebsstilllegung wieder entlassen worden sind, die Arbeiter nächstes Frühjahr nicht wieder einzustellen, falls die Lohnbifferenz nachgefordert würde. Der Ausbeutung der Arbeiter wird also die Drohung mit Arbeitslosigkeit gleich noch hinzugefügt.

In der Ziegerei der Firma Carl Fleming in Vernebofel bei Hannover sind seit dem Schluß der Kampagne im September d. J. zehn Arbeiter mit Hofarbeiten, Steinarbeiten und bergleichen Arbeiten beschäftigt. Diese Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 50 Pf., während der Tariflohn, der auch für die Firma Fleming geltend hat, für die erwähnten Arbeiter 75 Pf. pro Stunde beträgt. Den Arbeitern gegenüber hat die Firma sich nach Schluß der Kampagne bereit erklärt, die Arbeiter weiter zu beschäftigen und wie bisher in

der dortigen Arbeiterkassen wohnen zu lassen, wenn die Arbeiter mit einem Stundenlohn von 50 Pf. zufrieden wären, den Tariflohn könne und wolle die Firma nach Schluss der Kampagne nicht mehr zahlen. Der Preis für das Teuflend Manierkette betrage nur 34 RM, frei Bau Hannover, einschließlich 8 bis 8,50 RM Fuhrlohn; deshalb würde die Firma auch den Tariflohn nicht mehr zahlen. Auch hier erklärten sich die Arbeiter unter dem Druck der drohenden Arbeitslosigkeit bereit, und da fast alle zehn Arbeiter die Unwirtschaftlichkeit des Bezugs der Erwerbslosenunterstützung noch nicht erfüllt hatten, für 50 Pf. pro Stunde weiterzuarbeiten. Auch in diesem Falle wollten die Arbeiter die Lohnminderungen von 23 Pf. pro Stunde nicht eintragen, weil sie befürchteten, nächstes Frühjahr bei der Firma nicht wieder eingestellt zu werden.

Lohnabbau bedeutet Hunger für Arbeiter.

Unterstützt von den amtlichen Schlichtungsorganen, haben die Unternehmer die allgemeine Lohnabbauoffensive eingeleitet. Allen vernünftigen Einwänden der Gewerkschaften gegenüber wird von den Unternehmern und ihren autbezählten Syndikats unter anderem behauptet, daß die deutschen Arbeiter heute viel besser lebten als in der Vorkriegszeit. Die deutsche Wirtschaft könne die dadurch bedingte hohe Lohnbelastung nicht mehr tragen. Deshalb müßten die Löhne unter allen Umständen abgebaut werden. An Hand von Indexpunkten über Lebenshaltungskosten wird versucht, die Erträglichkeit des beabsichtigten Lohnabbaus für die Arbeiter nachzuweisen. Daß der theoretisch geschaffene Indexpunkt in der Wirklichkeit überhaupt nicht existiert, kümmert die Unternehmer wenig. Was der Mensch zum Leben wirklich nötig hat, könnten ja auch die Unternehmer leicht feststellen. Sie brauchen nur ihre eigenen Bedürfnisse in Ansatz bringen; denn, nicht wahr meine Herren, Sie leben doch alle außerordentlich bescheiden? Aber solche Vergleiche mit ihren eigenen Ausgaben zur Bestreitung der Bedürfnisse des täglichen Lebens werden leider von den Unternehmern immer als nicht geeignet abgelehnt.

Wir müssen uns also nach einem anderen Vergleichsmaßstab umsehen.

Für die Zeit vom März 1927 bis März 1928 sind auf Veranlassung des Statistischen Reichsamtes in hundert von Haushaltungen genaue Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben geführt worden. Die Ergebnisse dieser Erhebung sind in „Wirtschaft und Statistik“ 1929/30 veröffentlicht. Von den erfaßten Arbeiterhaushaltungen sind durchschnittlich ausgegeben worden für:

Wohnung	14	Proz.
Steuern und Versicherungen	10,5	Proz.
Heizung und Beleuchtung	3,5	Proz.
Bekleidung	13	Proz.
Sonstige Bedürfnisse	14	Proz.
Ernährung	45	Proz.
= 100 Proz.		

Um diese Ergebnisse einer amtlichen Statistik weiter verwenden zu können, müssen wir uns die Löhne ansehen. Nach „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 14/1930 betrug der gewogene Durchschnittslohn des ungelerten Arbeiters 84 Pf. pro Stunde am 1. Juni 1930. Bei 48stündiger Arbeitszeit also pro Woche 40,32 RM.

Dieser Lohn zugrunde gelegt, würden also pro Woche ausgegeben für:

Wohnung	14	Proz.	= 5,64 RM
Steuern und Versicherungen	10,5	Proz.	= 4,23 RM
Heizung und Beleuchtung	3,5	Proz.	= 1,41 RM
Bekleidung	13	Proz.	= 5,24 RM
Sonstige Bedürfnisse	14	Proz.	= 5,64 RM
Ernährung	45	Proz.	= 18,16 RM
Zusammen 100 Proz. = 40,32 RM			

Mit 18,16 RM soll also im Durchschnitt der ungelerte Arbeiter sich und seine Familie eine Woche lang ernähren! Und dabei gilt diese Vergleichsmöglichkeit nur dann, wenn man laufende Beschäftigungsmöglichkeit zugrunde legt. Katastrophal wird die Lage aber für diejenigen Arbeiter bzw. Arbeitergruppen, die selbst unter normalen Wirtschaftsverhältnissen mit regelmäßiger Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, wie z. B. die Baustoffindustriearbeiter. Zehntausende dieser sogenannten Saisonarbeiter haben selbst in Zeiten der Hochkonjunktur nie ein volles Jahr Arbeit. Obendrein liegen die tariflichen Durch-

schnittslöhne für diese Arbeitergruppen nur etwas über 70 Pf. pro Stunde.

Das kaiserliche Deutschland hatte zur Ernährung eines Marinemilitärs in der Heimat ganz bestimmte Mengen verschiedener Nahrungsmittel in den sogenannten Speiserechnungen festgelegt. Diese wöchentliche Normalration wurde zur Ernährung eines erwachsenen Menschen als ausreichend angesehen.

Nach den Preisnotierungen der Konsumgenossenschaft Volkskraft in Erfurt stellt sich diese wöchentliche Normalration auf 9,85 RM; für die vierköpfige Normalfamilie (Mann, Frau und zwei Kindern) ist gleich drei erwachsenen Personen demnach auf 29,55 RM.

Will also eine Arbeiterfamilie heute nur so leben wie des „Kaisers Kuli“ in der Vorkriegszeit, dann müssen allein 29 bis 30 RM für Ernährung ausgegeben werden. Wenn demgegenüber nach den amtlichen Haushaltsrechnungen und den ebenfalls amtlich errechneten Stundenlöhnen der ungelerten Arbeiter nur 18,16 RM ausgegeben kann, dann sieht man auch an diesem Beispiel die ganze Schamlosigkeit des Lohnabbau-geschreies. Stellt man demgegenüber noch die Kiefengehälter der leitenden Angestellten in Handel und Industrie und die arbeitslosen Einkommen der Aktionäre und Aufsichtsräte, dann muß die Sinnlosigkeit der heutigen Wirtschaftsweise auch dem gleichgültigsten Arbeiter einleuchten und zum überzeugten freige-werkschaftlichen Mittämpfer werden lassen.

Lohnabbau in Höhe von 20 Proz. gefordert.

Den Gipfel in der allgemeinen Lohnabbaukampagne der Arbeitgeber Deutschlands haben die schlesischen Ziegelbarone erklimmt.

Nicht weniger als 20 Proz. sollen die Löhne in der Ziegelindustrie Schlesiens ermäßigt werden.

Dabei gehören die Spitzenlöhne in der schlesischen Ziegel-industrie mit zu den niedrigsten in Deutschland.

In der ersten Ortslohnklasse (Breslau usw.) betragen sie jetzt für qualifizierte Ziegeleiarbeiter 74, für ungelernete Arbeiter 68, für Arbeiterinnen 45 und für Handwerker 84 Pf. In der niedrigsten Ortsklasse für qualifizierte Ziegeleiar-beiter 64, ungelernete Ziegeleiarbeiter 51, Arbeiterinnen 38 und Handwerker 72 Pf.

Wenn die Ziegeleibesitzer Schlesiens glauben, durch eine solche Reduktion der Ziegeleiarbeiter auf die Höhe der Weine helfen zu können, so dürften sie sich gewaltig täuschen. Aber auch wenn sie glauben, daß sich die schlesischen Ziegeleiarbeiter diese Reduktion so ohne weiteres gefallen lassen werden.

Die Unternehmer glauben, jetzt, wo der größte Teil der Ziegeleien nicht produziert und nur wenig Ziegeleiarbeiter be-schäftigt sind, zum Ziel zu kommen.

Dem noch fernstehenden Teil der Ziegeleiarbeiterschaft müßten durch solche „arbeiterfreundlichen“ Forderungen die Augen geöffnet werden.

Die einzige Antwort der Ziegeleiarbeiter wäre, daß sie für restlose Gehaltsverheit ihrer einzigen Waise, des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramikischer Bund, Sorge tragen müssen.

Nur eine starke, einheitliche gewerkschaftliche Organisation bietet die beste Gewähr dafür, daß auch die Räume der schlesischen Ziegel-barone nicht in den Himmel wachsen.

Gewerkschaften und Zahlstellen

Verleumder Steffen wieder verurteilt.

Der 1. Bevollmächtigte Räder und der Agitationsleiter Boch unerer Berliner Zahlstelle hatten seinerzeit Privatbeleidigungs-klage gegen den sogenannten Reichsleiter der Opposition in unserem Verbands, Steffen, angeklagt, weil er ihnen in einer Betriebszeitung „Waga-Blitz“ nachgesagt hatte, sie hätten die Arbeiter bei der Diktation denunziert.

Steffen ist deswegen vom Schöffengericht Wedding zu 100 RM Geldstrafe und Publikationsverbot verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat er Berufung eingelegt. Während er im ersten Termin seine Sache selbst vertrat, brachte er sich zum Berufungstermin den Reichstagsabgeordneten Löwenthal mit. Die Privatklagen wurden durch Rechtsanwalt Dr. Leffmann vertreten.

Obwohl Rechtsanwalt Löwenthal sich die größte Mühe gab, für seinen Mandanten den § 193 zu reklamieren, folgte doch das Gericht den glänzenden und überzeugenden Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. Leffmann, und verwarf die Berufung. Steffen ist also nach wie vor als Verleumder gebrandmarkt.

Abrechnung 3. Quartal 1930.

Einnahmen:

An Kassenbestand II. Quartal 1930:

a) in der Hauptkasse	3 481 689,13 RM	RM
b) in der Zahlstellen	337 486 01 RM	3 819 175,11
Beiträgen		4 941 142,95
Extrabeiträgen		6 426,70
Mehr eingekandt von den Zahlstellen		55 171,17
Erbschaften		793,76
Büchern und Broschüren		20 415,70
Bürobedarf		1 315,80
„Proletariat“		1 002,58
Film		50,—
Finken		178 991,59
Zurückgezahlten Unterstüßungen		6 068,93
Zurückgezahlten Beiträgen		2 597,81
Sonstigen Einnahmen		1 104,52
Aus dem Vermögensbestand		55 946,72
Beiträgen zur Unterstüßungskasse		14 721,79
Summa 9 105 527,—		

Ausgaben:

Für Erwerbslosenunterstützung:

a) an Reisende	2 115,48	
b) an Arbeitslose	1 413 972,01	
c) an Kranke	508 061,37	
Invalidenunterstützung	312 909,56	
Rechtschutz	9 740,68	
Gemäßregelungenunterstützung	12 649,65	
Umzugsunterstützung	9 995,31	
Reisunterstützung	2 066,80	
Streitunterstützung	85 838,52	
„Streitunterstützung“	60 113,65	
Anteile der Zahlstellen	1 669 689,82	
Marken und Stempel	878,25	
Porto, Postische, Bankspesen	7 290,90	
Vorstand- und Ausschussgehälter	307,30	
Reisungen der Zahlstellen und Hauptkass	868,55	
Gebälter	99 531,80	
Versicherungsbeiträge	53 880,38	
Druck und Papier des „Proletariats“	75 872,57	
Verband des „Proletariats“	24 891,91	
Betriebsräte- und Frauenzeitungen	1 649,43	
Diverse Drucksachen	96 180,25	
Verlags- und Werbematerial	633,54	
Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar	11 960,46	
Büromaschinen und Reparaturen	3 502,80	
Buchbindarbeiten	11 892,72	
Kraftwagen und Kraftwagenbedarf	18 656,42	
Büromiete, Heizung, Licht, Reinigung	10 596,22	
Büroeinrichtungen und Bürobedarf	17 852,—	
Bürohaus Rathenauplatz	38 522,55	
Tarifverhandlungen	7 569,76	
Zentrale und lokale Tarifinstanzen	9 975,75	
Konferenzen	15 899,25	
Agitation	6 115,47	
Film	5 064,90	
Gauverwaltungen	187 000,—	
Keramischer Bund einschließlich Zeitung	150 000,—	
Arbeiterwirtschaftsschulen, Kurse, Bildungs-fonds	22 888,10	
Schule Wennigsen	30 000,—	
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund	131 132,15	
Internationale Verpflichtungen	8 143,50	
Verwaltung verschiedener Zahlstellen	13 936,82	
Guthaben der Zahlstellen zurückgezahlt	39 999,52	
Sonstige Ausgaben	7 554,15	
Vermögensbestand	349 134,24	
Kassenbestand am Schluß des III. Quar-tals 1930:		
a) in der Hauptkasse	2 289 034,38 RM	
b) in den Zahlstellen	329 595 99 RM	3 568 630,37
Summa 9 105 527,—		

Hannover, den 18. Dezember 1930.
August Breh, Vorsitzender.
Carl Böbler, 1. Kassierer, Otto Stawiski, 2. Kassierer.
C. Gremmels, H. Stolle, S. Böbermann, Revisoren.

Literarisches.

„Flick-Flock-Flaum, die Zwerg“. Der Verlag W. Plannkuch & Co. („Volksstimme“, Magdeburg) in Magdeburg hat den Büchermarkt wiederum um ein prächtiges Kinderbuch bereichert, das ein modernes Märchen mit starkem sozialom Gehalt, auch Erwachsenen viel Freude macht, denn was hier in 232 allerliebsten Bildern und 224 lustigen Versen an unserm Auge vorüberzieht, ist keine der übersinnlichen Zwergengeschichten, sondern Menschenschicksal der Gegenwart. Die vom bösen Geizhals Plunsch aus ihrer Höhle vertriebenen drei Zwergchen finden Schutz beim sozialdemo-kratrischen Ortsvorsteher Krause und der Geizhals wird schließlich über-listet. Dann sehen wir die Zwergchen im Großstadtgewimmel und dann beim Bauer Speck, wo sie das Elend der Landarbeiter kennenlernen. Wiederum wird Ortsvorsteher Krause ihr Freund in der Not. Wahrlich, sozialer An-schauungsunterricht in bester und kindlich verständlichster Form. Das in Querformat gehaltene, geschmackvoll ausgestattete Buch kostet nur 2,50 RM. „Gesundheit“. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des beruf-tätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137 — Weihnachten und Silvester und die mit diesen Festen und der winterlichen Jahreszeit verbundenen Krankheits-gefahren bilden den Hauptinhalt der „Dezember-Gesundheit“, die, ebenso wie ihre Vorgängerinnen, kostenlos an den Schaltern der Ortskrankenkassen aus-gegeben wird.

Verbandsnachrichten

Die Zahlstelle Darmstadt sucht einen strebsamen und tüchtigen

Agitationsleiter.

Derselbe muß mindestens 5 Jahre Mitglied unserer Organi-sation und rechnerisch befähigt sein. Ausreichende Kenntnisse in der Agitationsarbeit sind die erste Voraussetzung. Kenntnisse im Tarif- und Arbeitsrecht sind weitere Bedingungen.

Bewerber haben einen kurzen Lebenslauf und eine Ab-handlung über ihre Tätigkeit als Funktionär innerhalb unserer Organisation einzusenden. Außerdem ist der Bewerbung ein eingehender Schriftsatz darüber, wie die Agitationsarbeit am erfolgreichsten zu betreiben ist, beizufügen. — Ebenso eine ent-sprechende Abhandlung über die wichtigsten Belange aus dem Tarif- und Arbeitsrecht.

Die Bewerbungsschreiben sind bis längstens 11. Januar 1931 an Fr. Stahl, Darmstadt, Bismarckstr. 19, einzusenden.

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurden gemäß § 14, Ziffer 3a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Elbingerode/S.: Hermann Göttsche, Buch-Nr. 826 284. Fraureuth: Georg Schmidt, Buch-Nr. 104 412.

Arbeitsmarkt.

(Inserate unter Chiffre werden nicht aufgenommen.)
Maschinenglasmacher, perfekt eingearbeitet in Flaschen, Konserv- und Medizin-glas. Suchender ist firm auf Schiller-, Kuttcher-, Risto- und Wolfischen Maschinen. Wohnung ist Be-dingung. Angebote sind zu richten an den Peramischen Bund, Zahlstelle S a h l t e.



Was geht das neue Jahr die Frauen an?

Vielleicht klingt diese Frage gar zu allgemein und einfach. Ein schweres, an Ereignissen reiches Jahr liegt hinter uns. Scharfe, gewerkschaftliche Kämpfe wurden geführt, aber auch politische Kämpfe um die Erhaltung jener sozialen Errungen-schaften der Nachkriegszeit, deren Bedeutung leider von vielen Kollegen und Kolleginnen noch nicht genügend gewürdigt wird. Dem Regierungswechsel Ende März folgten die Reichstagsauf-lösung im Juli und die Neuwahl am 14. September. Die un-gewohnte Wirtschaftskrise und die damit verbundene Wirtschaft-snot breiter Bevölkerungsschichten ließen eine brutale Unter-nehmeroffensive, überhaupt eine starke Angriffsbewegung des Bürgertums in die Erscheinung treten und vorwiegend jene Be-wegung erstarken, die speziell zur Zerstörung der freien Gewerkschaften und aller sonstigen sozialistischen Arbeiterorgani-sationen geschaffen wurde. Die hierin liegende große Gefahr für die Arbeiterklasse müssen natürlich auch die Frauen erkennen. Die Arbeiterklasse läßt sich in Deutschland nun zwar nicht so einfach rechtlos machen wie in Italien, aber sie stand während der letzten Monate auch in Deutschland der Gefahr gegenüber, sehr wesentliche Rechte auf dem Gebiete der Kranken-, Invali-den- und Arbeitslosenversicherung zu verlieren. Zudem dauert die Wirtschaftskrise immer noch an. Noch immer sind Millionen Menschen von Produktionsmangel ausgeschlossen. Das Wider-nimmige der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stellt sich in der trassischen Form dar. Tropic Millionen Menschen darben und oft genug das Notwendigste zum Leben entbehren, leidet die Wirtschaft unter Absatzmangel und zwingt Millionen zum „Feiern“. Muß wirklich noch gesagt werden, daß diese gesell-schaftliche „Ordnung“ ein der so genannten Zivilisation und christ-lichen Kultur einfach hohnsprechender Zustand ist? Es ist wahr-schaffig an der Zeit, daß die Massen, die Arbeiter und Arbeiter-innen, mehr lassenbewußt denken und handeln lernen. Beson-ders geht das die Frauen an. Warum? Erleben wir doch, daß in der jetzigen Zeit die Frau im Daseinskampf der Familie oft die Hauptrolle spielt. Wehrlich wie im Kriege, ist die Frau auch heute in hundertzehntausenden Familien zur Haupternährerin ge-worden. Sie ist nicht mehr nur „Mitherrin“, wie man sich besonders da immer gern auszubringen beliebt, wo es gilt, die niedrigen Frauenlöhne zu rechtfertigen. Selbst, wo die Frau bei

doppelter Belastung nur so „mit“ — verdient, ist die Fra-milie auf den Verdienst der Frau angewiesen. Dem Unternehmer „verdient“ der Arbeiter in seinem rationali-sierten Betriebe zu viel, obgleich der Unternehmerprofit steigt. Schwierig ist der Daseinskampf der Arbeiterfamilie. Die Frau muß „hinaus ins feindliche Leben“. So will es die kapitalistische Wirtschaftsbauordnung. Die Entwicklung steht nicht still. Wozu auch da die Romantik? Sie ist vergeblich. Die Frauen haben die Aufgabe, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und sich am Kampf der Arbeiterklasse um eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu beteiligen. Und die Frau hat noch besonders zu kämpfen um mehr Anerkennung und Gleichberechtigung. Obwohl die Gleichberechtigung der Frau in der Reichs-verfassung betont wird, sieht das praktische, politische und gesell-schaftliche Leben noch sehr viel anders aus. Die zweitstärkste poli-tische Partei, die sogenannte Nationalsozialistische „Deutsche Arbeiter“partei darf sich sogar erlauben, den Frauenrechten gegenüber den Kampf anzufügen. Diese famose Schutztruppe der Unternehmer jedoch hat bei den letzten Wahlen auch massenhaft Stimmen der Frauen erhalten. Die Nazis sprechen der Frau überhaupt jede wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung ab. Das aber muß die Arbeiterin erst recht in Kampfstellung zu jener arbeiter- und frauenfeindlichen Partei bringen. Für die kommt es darauf an, als arbeitender Mensch ihrer Klasse und ihrem Interesse zu dienen. Es besteht keine Gefahr, sofern ge-rade die Arbeiterinnen auf der Hut sind. Und nie war die Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit für die wirtschaftliche Machtgruppierung so wichtig wie heute. Darum eben gilt es, unsere Massengedankensformen aufzuklären. Gelting dies in ausgie-bigem Maße, sind auch die „Nazis“ nur „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft!“ So aber sollen wir erkennen, welche Aufgabe uns die Jahreswende stellt. Überall, in jedem Betriebe, in jeder Zahlstelle, gibt es solche Aufgaben. Überall aber muß jetzt die Agitation für den Verband mit größerer Energie einsetzen. Doch viele Kolleginnen fehlen in unseren Reihen. Und diese zu begeistern und zu gewin-nen für den Verband, muß unsere ernstzunehmende Aufgabe im neuen Jahre sein.

Anna Sammerl

Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Die Augen der Wissenden sind schärfer. „Kameraden!“ gelte eine Stimme aus der endlosen Schar. „Dort oben hinter der herabgelassenen Gardine steht einer, der längst in unsere Reihen gehört! Er vertritt sich! Brüder, war es je erhört, daß sich vor dem Rufe des Vaterlandes einer vertrat und verstand?“

„Brüder!“ schrie ein Zweiter. „Wir wollen ihm einen Schimpfnamen für alle Zeiten geben. Er soll Drückberger genannt werden.“

Ein drohendes Gemurmel rauscht durch die Reihen. Einer versucht den anderen zu überbieten. Jeder kennt solche Festlegungen, berichtigt von ihren Verstärkungen, nennt Namen und schimpfliches Tun und fordert Gerechtigkeit. Das Wort glüht. Die Gerechtigkeit ist das Fundament aller Gemeinschaften. Wird sie zertreten, gefährdet, bricht der tiefste Brunnen der Empörung auf.

Der Zug gerät ins Stocken. Man schaut zu allen Fenstern empor. Man sucht, glaubt zu sehen, flucht, droht und stachelt auf. Das Schreien wird zum tierischen Brüllen. Einigen, denen die Wut innerliches Brennen erzeugt, geißert Schaum vom Munde. Ihnen ist solche Freiheit mehr als Todssünde. Andere bekommen blutunterlaufene Augen vor Empörung.

Die langsam Schleichenden, Murrenden, Grollenden, nach Gerechtigkeit Rufenden und Stockenden horchten auf. Ein neues Lied? Ein Lied aus der Tiefe der lebenden Volksseele heraus? Das wäre Erlösung!

Der Ruf beginnt. Leicht fällt die Melodie in das Ohr, noch leichter ergreifen die Worte der Empörung und des Verlangens nach Gerechtigkeit die Marschierenden. Die Nächsten singen mit. Der drohende Gesang wächst wie eine Lawine fort. Man singt nicht mehr in fröhlicher Unbekümmertheit vor dem Kommenden, man stößt Zeile um Zeile zum stehenden Rhythmus und peitschenden Takt aus tieferer Brust heraus. Über: Der Marsch geht weiter. Der Schritt wird lebendiger. Und über die Schande des Vaterlandes breitet das Drohnenlied die Flügel des Verhüllens.

Endlos der Sang. Endlos der Zug.
Endlos und unaufhörlich.

„Halt!“ schreit ein von bösen Narben Entstellter und bringt das längst binn gewordenen Singen des Drohnenliedes zum Sterben. „Halt! ... Ich muß erst einem zusehen, der Sünde vollschauert! Brüder, was gibt es in dieser Zeit, um Sünde heimlich vollzuschauen?“

Der Zug kommt zum ersten Male richtig zum Stillstand. Alle Augen sehen nach dem Sündenverfälschter. Dem wird unheimlich vor den starrenden Augen. Er wirft eilig den prallen End über die Schulter und nehmwindet im Dunkel einer winkligen Gasse. Man sieht einander fragend an. Niemand weiß Bescheid. Dann fällt ein Wort: „Hamster!“

Das Wort peitscht die Menschen. Sie bucken die Rücken und ziehen die Köpfe ein. Aus allen Fenstern, aus Dachluken und Kellerlöchern erscheinen bei dem Knall dieses Wortes Gesichter: Blasse, Bergämte, Verhungerte, Eingefallene, Verzorgte, Hoffnungsarme; Frauen, Kinder, Greise. Aus Verstecken kriechen Gestalten: Haut und Knochen, Grinde und Ansätze.

Überall hallt es, strabst und strabst, laubein und laubein: „Hamster! Hamster!“

Aber alles Mahnen ist umsonst. Längst ist das Tier und die Eier erwacht. Nichts schüht vor ihm, weder Glaube noch Stellung, weder Red noch Gewissen. Einige leben den andern ein Leben der Enttäuschung vor. Sie verfallen dem Sündenmännchen. Ein dritter Zug mit dem schwarzen Hunger- und Pestkreuz zieht die dunkle Gasse entlang. Der Zug der von Hunger und Krankheit in der Heimat Geschlagenen. In engen Särgen bringt man sie auf meilenweite, eintönige Felber.

„Was war in dem End?“ giert einer, und Speichel tropft ihm aus den Mundwinkeln. „Weiß? Zucker? Brot? Fleisch? Getreide?“

„Nein!“ erwidert ein Wissender. „Sieh, wie die Ausgemergelten hinterdrein jähren, schleichen, rennen, auf den Knien rutschen, betteln, flehnen! Das ist die Schmach! Das ist die Erniedrigung! Das ist schlimmer als hundert verlorene Schlachten! Wer weiß ein Lied, das die Knochen erfrieren läßt, das das Blut starr macht?“

„Dafür gibt es kein Hohn- und Spottlied mehr!“
Endlos der müde, verzweifelte Zug.
Endlos, wie der unendliche Tag, der zur Nachmittagsstunde jähret.

Längst ist die Ordnung des Zuges lozer, die Schar bunter, das Gewand gestirnt geworden. Jugend und Alter mischt sich in voller Gleichgültigkeit. Da und dort tritt einer aus dem Giebel und steht sich an den Straßenrand. Niemand achtet ihn. Verlebendes Grinsen nicht ihm zu. Immer rascher kommt man zum Rauschen, Bergmäuten, Atemholen und Jureden. Bataillone von Rutzpredigern, Aufklärern und Vorgauklern erscheinen.

„Dort zählt einer Geld!“ nicht ein eisenscharfes Wort aus dem Zuge und verwundet gleich, daß Rutzprediger auf der Straße die Steine besiedeln.

„Er zählt Geld und Gold!“ schreit ein anderer auf; und die Augen treten ihm bei diesem Rufe fast aus den Höhlen.

„Wo?“
„Dort!“
„Unmöglich!“
„Im Kriege?“
„Am Kriege verdienen?“
„Während ein Volk stirbt, blutet und hungert?“
„Sagt das ein gerechter Gott zu, wenn es schon die Menschen oben dulden?“
„Vampire!“
„Das ist das Ende! Nun verstaubt! ...“

Die Worte schlagen wie sturmgewaltiger Hagel von allen Seiten aus dem unendlichen Zuge. Man sieht einander an und beginnt dem Nächsten zu misstrauen. Einige, deren Waffe der Spott ist, wählen und behaupten, daß nur die Dummen nicht verdienen und ihre Sterblichkeit allein als Lohn begehren.

Nach einer Weile mahnt eine kümmerliche Handvoll Prediger von den Kanzeln. Sie schlagen die Fellein auf und weisen auf die Stellen, die vom Geize verächtlich reden und Höllestrafen für ihn jähren. Aber niemand glaubt ihnen mehr. Hat man nicht vor dem aus der Bibel die Rechtmäßigkeit des gegenwertigen Lötens als heilige Pflicht bewiesen?
Schande und Schwach.
„Kriegsverdiener!“ gelte eine Frau aus einer Bodenkufe. Ihr verzerrtes Gesicht, ihre wirren Augen, ihr verwildertes Haar verraten, daß der Armin in ihr kriecht. Sie wirft ein halberbungeres Kind auf die ausgetretenen Steine der unendlichen Straße und springt mit wehungsgebreiteten, zum Himmel gerichteten Armen hinterdrein und zerfällt vor den Füßen der jähren Marschierenden.

Der Zug steht. Er ist nicht mehr vom Fleck zu bringen. „Kriegsverdiener!“ brüllen tausend Röhren. Die Vorangehenden wenden ihre Köpfe und lauschen. Dann wuzeln sie auf der Straße fest. Die Nachkommenden reden die Köpfe, empfangen mit wachem Ohre den Ruf und geben ihn an die Ferneren weiter.

„Kriegsverdiener!“
„Kriegsverdiener!“
Wie kann eine Menschensprache ein solches Wort schaffen und ausdenken? Wie kann eine Sprache ein solches Giftwort beherbergen?

„Wer will noch Zweifel hegen?“ speit man heraus, als wolle man jeden Widerspruch von Anfang an erlösen. „Name reiht sich an Name. Sie alle verdienen am Kriege; sie scheffeln gleichendes Gold oder goldwertes Scheine. Wir, die Dummen und Vaterlandskreuzer, bringen unsere kleinsten Scherflein zum Opfer, als Millionen rinnen sie in die Taschen und Säcke der Kriegsverdiener. Niemand feuert sie ihnen weg. Die Mächte hindurch rauchen die Schornsteine ihrer Fabriken, fassen ihre Wehstühle, gleiten ihre Aufsätze in die Schächte, hämmern ihre Maschinenklumpen. Ihre Hände gleiten satt und zufrieden über alle Geräte, die aus den Fabriken zur dunklen Wand am Horizont heranzollen. Nichts ist umsonst bei ihnen; alles wird zum Profit.“

„Hinter diesem Glauben liegt das Verzweifeln!“ bettelt der sich Behrende, ringt die Hände und widerspricht, während schon die Mauern des letzten Kinderglaubens zerbröckeln.

„Das ist der Krieg!“
Eine leise Stimme versucht sich Geltung zu verschaffen. Niemand will zunächst auf sie hören. Aber sie bleibt unermüdet und unbeirrt, weil sie von den Schwingen eines aufladernden Glaubens getragen wird. Sie erzwingt Schweigen. Sie legt sich durch; langsam und allmählich. „Was will der? Hat er ein Rezept gegen den Krieg gefunden?“ beginnt das Fragen. „Wir kennen nur ein Rezept: Das ist der Friede.“ Die leise Stimme läßt sich nicht beiseite schieben. Sie wächst an

Zur Jahreswende!

Wir hoffen alle auf ein besseres neues Jahr. Wir hoffen, selbst wenn ein wenig die Zukunft in dem oder jenem Bereiche so besonders dunkel vor uns liegt. Ueber alle kritischen Erwägungen und alle ersten Betrachtungen steigt letzten Endes in der Tiefe des Menschlichen immer der Glaube.

Wer hat nicht die stille Hoffnung, daß allem zum Trost doch eine bessere Stunde kommt? Wir wissen nicht, wie es ist alles im Werden. Aus dem einen wird das andere heraus. Ein großer Säureprozess der Wirtschaft an der Wende der Zeiten. Doch wir sind im Tiefsten davon durchdrungen: es wird besser.

Manche mögen es gedankenlos und träumerisch nennen, und doch entspringt dieses Glauben und Hoffen einem tief gewurzten menschlichen Gefühl. Es ist der Glaube an Recht, der zum Fleiß des Menschen geworden. Es ist das Fühlen der Kraft und der Menschengröße, die sich da unbewußt bewußt ist, dennoch stärker und gewaltiger zu sein als alles, was dieses Menschenrecht und diese Menschengröße in ihrer stolzen Freiheit hemmt.

Es kann nicht so bleiben, weil es dem Göttlichen im Menschen wider ist. All dieses Brutale dieser Wirtschaft, all diese Verflattung menschlichen Rechts: es kann nicht dauernd so bleiben, wie es ist. Und wahr ist länger oder wahr ist kürzer: es wird anders und besser und neu.

Sollte da das junge Jahr uns nicht ein Stück vorwärts bringen zu dem, worauf Menschen ein Unrecht haben? So zittert es hangend und hoffend in uns. Wird es vielleicht gar noch schlimmer? Ach, und dennoch ist es zuletzt immer wieder die Hoffnung, die siegt.

Menschenjüngern und Menschenbrüder, ihr alle, laßt euch diesen Glauben nicht erlösen in aller großen Not! Voll, mit diesem keinem schönen Glauben erlebt du dich im Edelsten und Tiefsten deiner selbst. Du glaubst an das Wahre und Gute und Schöne, weil du es selbst trägst. An das Göttliche glauben ja, wie Hölderlin sagte, die allein, die es selber sind.

Was du fühlst, Voll, das wird auch werden. Dein Glaube ist die Seele des Werbensprozesses dieser Zeit. Das große Gediehen dieser historischen Stunde gilt einer hehren Erfüllung: du sollst sein.

Und aus diesem starken Glauben an das Größte, das da wird, reißt sich auch im Alltag der Augenblicksnot das Leben in uns, das heiligste Leben, der göttliche Glaube an Sinn.

Aus diesem großen Glauben durchzieht uns die Hoffnung auf ein Dennoch des neuen Jahres.

Laßt uns zur Wende des Jahres alle eine Stunde der Besinnung haben, der Besinnung auf uns selbst! Hört in dieser Stunde der Jahreswende auf dieses tiefe Glaubende eurer Seele, daß euch das Leben der Not nicht im Inneren zerreißt und erstickt!

Laßt uns unseren Glauben erhalten! Nur mit dem Glauben erretten wir uns die Seele und der Bewegung den Geist. Laßt uns glauben! Aus der ganzen Liebe unserer Seele glauben an Menschenrecht und an Freiheit! Ja, glauben! Trosthaltem und allem! Daß das doch nur bleibt, was die Zukunft bedeutet und die Freiheit erzwingt: Fülle der Kraft, der Liebe, der Menschen des Wollens und der Tat. Kampfer.

Dr. Gustav Hoffmann.

Das Jahr fängt gut an . . .

Eine Grotteske von André Polker.

Shlom Herlich, der große Kriminalist, legte die Morgenzeitung beiseite, schob einen bequemen Klubsessel an das Fenster und nahm Platz. Ein nebliger Neujahrsmorgen herrschte draußen auf der Aderskreuz. Ein geübtes Auge des berühmten Detektivs erregte dies nicht. Krause Rauchwolken entfielen seiner kurzen Pfeife, während er mit dem Silberkännchen noch etwas schwermem Kaffee, aber voller Aufmerksamkeit die Straße beobachtete.

Der eintretende Dr. Watschenjohn, der Pferdewracker, fand den Meister in Arbeit vertieft. Der große Detektiv, in der Hand ein Speeraglas, notierte die Nummern der aus der Richtung her nahen Motorkarre kommenden, mit Gemüße beladenen Handwagen.

Diese wichtige Tätigkeit unterbrach er erst, als er seinen Freund, Gehilfen und Bewunderer erblickte.

„Morgen, Watschenjohn!“ erwiderte er den Gruß des Eintretenden, dessen Erregung er zu merken schien.

„Meister“, plagte der gute Doktor heraus, „haben Sie schon den Fall Gahman gelesen?“

Der Detektiv wies auf die am Tisch liegende Morgenzeitung. „Aljo, was meinen Sie, Meister, wer hat den Mord an Frau Gahman begangen?“ erkundigte sich eifrig Dr. Watschenjohn.

Der große Detektiv lächelte mysteriös.

„Vielleicht hätte der Doktor eine Antwort erhalten, doch im selben Augenblick klingelte das Telefon. Der Geheimpolizist

Stärke mit den eigenen Worten: „Brüder! Wir müssen es dem Kaiser sagen, wie es im Volke zugeht, wie man mit unfreier Seele spielt. Wir müssen ihm erzählen von Drogen, Drogenbergern und Kriegsverdienern. Wir wollen ihm eine Liste aufgeben. Name um Name soll ihm verraten werden.“

„Die Namen werden ihm bekannter sein als uns!“ höhnte es dazwischen.

Aber der starke Glaube des Leifen findet an vielen Stellen ein Echo. „Die Liste! . . . Der Kaiser! . . . Die Liste! . . . Der Kaiser! . . .“ stampft es im Takt. Der Schritt gewinnt wieder Rhythmus. Er reißt selbst die Bögenenden mit. Regend etwas in der Tiefe steigt auf. Im Zuge schafft freier Wille wieder Ordnung. Die Hoffnung auf Gerechtigkeit ruft Ehr- und Pflichtgefühl nach.

„Wer wird sprechen?“ fragt ein Verzogter.

„Wo ist der Kaiser?“
Dort hält er!
Wo?
Gott zu Ross!
Er ist!
Der Kaiser?
Im grauen Umschlagmantel.
„Brüder! Beginnt das Lied von der Gerechtigkeit! Das Lied, das sich die Volksseele schuf. Laß es den Kaiser hören und alle Not hat ein Ende! . . . Eins! Zwei! Drei!“ schrie eine tapfere Stimme.

Der Gang dröhnte, schwall an, wuchs himmelwärts, in die Tiefe, bis zu den fernsten Reihern, erfasste immer neue Lautende, der Schritt federnde wieder wie einst, straffte die Gestalten und schlug das Gestein der unendlichen Straße . . .

Da . . .
Ein Offizier kam auf schaumbedecktem Pferde dem Zuge entgegengeritten. Jörn färbte sein Gesicht. War das Kriegsgart? Stand es bereits so weit? Wagte man . . . ?
(Fortsetzung folgt.)

ging an den Apparat, und Dr. Watschenjohn hörte nach einigen lafonischen Ja und Nein den Meister sagen:

„Gut, Herr Gahman, ich erwarte Sie in einer halben Stunde.“

Gepannt blickte der Doktor auf Shlom Herlich, nachdem dieser den Hörer angehängt hatte. Doch der Meister sagte kein Wort, er vertiefte sich erneut in den Bericht des Morgenblattes, und Watschenjohn wagte nicht, ihn zu stören.

Genau dreißig Minuten waren vergangen, da klingelte es, und der Diener führte einen ältlichen Mann in das Zimmer. Seine einfache Kleidung verriet nicht den reichen und mächtigen Bankier.

„Herr Gahman?“ erkundigte sich höflich Shlom Herlich.

Der Besucher verbeugte sich anbeholden und entnahm der Lebermappe, die er in der Hand hielt, einen länglichen Schein.

Der Detektiv griff nicht danach.

„Entschuldigen Sie, Herr Gahman“, sagte er, „allein, wir müssen systematisch vorgehen. Wollen Sie mir vorherhand einige Fragen beantworten. Wie alt war Ihre Frau?“

Der Mann blickte höchst betroffen auf den großen Detektiv und stotterte:

„Sie ist zweiundzwanzig Jahre alt.“

„Er schien nicht zu wissen, daß seine Gattin inzwischen im Spital, wo sie sterbend eingeliefert wurde, ihren Wunden erlegen war. Und Shlom Herlich ließ ihn bei seinem Glauben.“

„Welche Haarfarbe hat Ihre Frau?“ fuhr er fort.

Der Besucher wurde immer verlegener.

„Grau.“ stammelte er.

„Ich dachte es mir . . .“ murmelte triumphierend der berühmte Kriminalist.

Und Doktor Watschenjohn blickte voller Bewunderung auf seinen genialen Meister.

„Was hat gestern Ihre Gattin zu Abend gegessen?“ lechzte der Detektiv das Verhör fort.

Der Besucher schien sich an die sonderbaren Fragen Shlom Herlich zu gewöhnen, denn er antwortete bogil:

„Wir aßen Weißwürstchen mit Sauerkraut.“

Der Doktor schnalzte. Shlom Herlich blickte rügend auf seinen Gehilfen, der seine bayerische Abstammung nicht verleugnen konnte.

„Haben Sie auch Bier getrunken?“ fragte streng der weltbekannte Detektiv.

Und als der Besucher bejahte, murmelte Shlom Herlich abermals: „Ich wußte es . . .“ Dem Doktor entschlüpfte ein „Ach!“ der Bewunderung.

„Welche Schuhgröße hat Ihre Frau?“ wandte sich der Detektiv wieder an den Besucher, dessen Antwort er sorgfältig notierte.

„Noch eine letzte Frage, Herr Gahman“, sagte er dann.

„Hat Ihr Briefträger ein Holzein?“

Der Besucher zog sich ängstlich bis zur Tür zurück und flüsterte, als fürchte er dem Hausbesitzer zu zeigen: „Nein.“

Und zum dritten Male murmelte Shlom Herlich: „Ich dachte es mir . . .“

Der große Detektiv wußte jetzt genau; er trat dicht an den tief erschrockenen Mann heran und sagte ihm auf den Kopf: „Gahman, Sie haben Ihre Frau erdolcht.“

Der Besucher brüllte entsetzt zurück.

„Herr“, schrie er, „Sie sind wahnsinnig. Ich, meine Frau erdolcht?“

Doch Shlom Herlich hielt ihn mit eisernen Armen fest, und im Nu war der Mann gefesselt.

Der Meister wandte sich jetzt an den Doktor, der bis jetzt wortlos und verblüfft zugehört hatte.

„Watschenjohn, rufen Sie das Polizeipräsidium an.“

Die Verbindung war schnell hergestellt, und der Detektiv erfaßte den Hörer, während kein Gehilfe auf den Mörder aufpaßte, der fassunglos und stumm in einer Ecke lag.

„Fröhliches Neujahr, Herr Kommissar“, sprach am Apparat Shlom Herlich, „ich habe Ihnen etwas Wichtiges in dem Fall Gahman mitzuteilen.“

Es folgte eine kurze Stille, dann höhnte der Detektiv:

„Bravo! Sie haben den Täter in der Person eines entlassenen Dieners schon gefaßt! Dann muß ich Ihnen lieber eine kleine Enttäuschung bereiten, lieber Herr Kommissar. Der richtige Mörder liegt gefesselt hier in meinem Zimmer; es ist Herr Gahman, der Gatte selbst.“

„Wie, der verhaftete Diener hat die Tat eingestanden? Und Herr Gahman befindet sich in diesem Moment in Ihrem Zimmer, Herr Kommissar?“

„Dem größten Detektiv aller Zeiten fiel der Hörer aus der Hand; mit einem Satz war er neben dem gefesselten Mann, packte ihn bei der Brust und schrie vor Wut schreulend:

„Mann, sind Sie denn nicht Gahman?“

Dieser hatte sich schon etwas erholt, er blickte schon auf den großen Detektiv wie auf einen gefährlichen Feind und sagte, indem er einen arg zerknitterten Bettel mit der gefesselten Hand reichte:

„Doch, Herr, ich bin der Gahman und bringe Ihnen vom verflorenen Jahr die Gasrechnung.“